

Ünicker Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Gesprächszeit Nr. 126

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Gesprächszeit Nr. 926

Der „Ünicker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer am Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mr. 1.80. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungszettel Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Beilage oder deren Rauten 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Zusatzrate für die nächste Nummer müssen bis Uhr vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 28

Sonnabend, den 4 Februar 1906

13. Jahrg.

Zurück einer Beilage.

Der Etat.

Der Reichstag begann am Donnerstag mit der zweiten Sitzung des Etats. zunächst wurde der Etat des Reichstags vorgenommen. Die erwartete Distanzklärung des Reichskanzlers blieb aus. Die sich entspinnende Debatte zog einige humoristische Momente.

Graf Oriola im schönen Wort vermisst schmerzlich einen Reichstagsteilnehmer und Dr. Arendt enthebt trotz längst erfolgter Taufe noch immer die gute boshere Nüchternheit seiner Schwiegermutter Anna Morgenstern, mit der Schauerte's Buffetgaben keinen Vergleich aufzuhalten.

Genosse Singer regte im Einklang mit Abgeordneten des Zentrums und der Linken Besserstellung der Reichstagsangestellten und Bestellung des „Reichsanzeigers“ an die Reichstagsabgeordneten an. Für den Vorsitzender der Herren von der Rechten ist es bezüglich, daß sie mit Drucksachen möglichst wenig geplagt sein wollen.

Die Beratung des Etats des Reichs amts des Innern, welche der Reichstag nunmehr vornahm, begann mit einer Rede des Zentrumsabgeordneten Trimborn. Die Wohlw. von Köln legte mit Recht über den Stillstand der Sozialpolitik und verschwieg mit Unrecht die Mitschuld ihrer Fraktion an dessen Stillstand.

Die Härtheit des Beutens, die Sündigung der Sozialpolitik und die ganze soziale und politische Realität, die in Deutschland herrschte, waren das Thema einer vortrefflichen, ebenso wohlsamen wie temperamentvollen Rede des Genossen Richard Fischer.

Der bekannte schwäbische Mann aus der Werkstatt der Konservativen, Pauli-Poggau, hält die gewohnte Mittelpunktpause, beweis über die Regelung, sich wenigstens in Seinen des Elektrizitätswerks nachträglich eines besseren behalten zu lassen.

Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt.

Wahlkreis: Wiederaufstellung.

Gesprächszeit.

Zur Reichsfinanzreform. Die Zweite habilitierte Kammer begann gestern die allgemeine Finanzdebatte. In Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation über die Stellung der Regierung zur Reichsfinanzreform verfaßte der Finanzminister eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Finanznot des Reiches es nicht zu lassen, zum System der direkten Steuern zu greifen. Es sei deshalb notwendig, eine weitere Entwicklung der bestehenden Steuern vorzunehmen und zur Einführung neuer Steuern zu greifen. — Und von dieser weiteren „Entwicklung“ der bestehenden Steuern werden die minderbenutzten Volksschichten am schwersten betroffen. In Übrigen ist es nur eine faule Ausrede, wenn man sagt, daß direkte Steuern nicht eingeführt werden könnten. Gerade durch die Einführung dritter Steuern könnte man den Dolles am ehesten beseitigen. Darauf würden ja die bestehenden Klassen in der Hauptstadt betroffen werden und das will man eben nicht!

Die Zigarettensteuer wurde am Mittwoch und Donnerstag in der Steuerkommission besprochen. Ein Besluß wurde nicht gefasst, vielmehr trat gestern Verhandlung auf den 8. Februar ein. Prinzipiell wurde die Vorlage nur von den Sozialdemokraten befürwortet; die übrigen Parteien sprachen sich mehr oder weniger für die Befürwortung aus. Die Pläne der Kommissionsbefürworter gehen dahin, daß für fertiggeschulten Tabak und im Falzende hergestellte Zigaretten eine Wandertabaksteuer erhoben werden soll. Zigaretten im Verkaufspreis von 10 Mark für das Land sind sollen nur mit 10 Prozent des Wertes und die höheren Verkaufspreise mit 25 Prozent des Verkaufspreises zur Besteuerung gelangen. Als Zigarettentabak soll jeder fertiggeschulte Tabak im Verkaufspreis von 3 Mark und mehr für das Kilogramm gelten. Für fertiggeschulten Tabak sollen pro Doppelzigarette 800 Mark und für den Doppelzentner Zigarettentabak 1600 Mark soll erhoben werden. — Die Sozialdemokratie wird auch diesen Vorschlag energisch bekämpfen.

Den „Kerls“ Diäten! Zur Frage des Reichstageldes erfuhr die „Tägl. Rundschau“, daß die von einzelnen Blättern aus „Reichstagstexten“ gemeldete Form der Diäten als Haushaltsumme von 3000 Mr. für die Session lediglich auf Kommission beruht; die Vorlage wurde augenblicklich im Reichstag des Januar ausgearbeitet und dürfte etwa in 14 Tagen dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Über „Kompenstation“ projektierte sich das Dertesblatt wie folgt: „Auch über die geplante Kommission der Geschäftsförderung werden mancherlei Gerüste verbreitet. Mit diesen Fragen kann sich der Bundesrat offiziell nicht beschäftigen, da die Regelung der Geschäftsförderung dem Reichstag allein zusteht. Es

könnte sich höchstens darum handeln, daß dem Reichstage unter der Hand irgendwelche Änderungen empfohlen würden. Daraan können wir nicht glauben. Anders liegt die Sache bei der anderweitigen Regelung der Frage der Beschaffungsfähigkeit. Das ist eine Verfassungsbestimmung, die vom Bundesrat vorgeschlagen werden kann. Ob aber der Bundesrat, wie einige behaupten, sich dazu entschließen werde, eine Herabsetzung der Beschaffungsfähigkeitssätzer bei minder wichtigen Abstimmungen vorzuschlagen, erscheint uns sehr zweifelhaft. Diese Herabsetzung würde die Machtstellung der Sozialdemokratie erheblich stärken (!), ja sie bei den betreffenden Abstimmungen ausschlaggebend machen. Außerdem würde ein solcher Vorschlag mit der Einführung einer Entschädigung logisch schwer vereinbar sein, da die Einführung ja den ausgesprochenen Vorrang haben soll, den Besuch der Sitzungen zu verbessern. Durch Herabsetzung der Beschaffungsfähigkeitssätzer würde diesem Zweck geradezu entgegengetreten.“ Unter der Heldenchar der Kammerjähnchen wider Reichstagsabgeordneten befinden sich selbstverständlich auch die „Hamburger Nachrichten“, die also mit Posarnienköpfen lären: „Beschlägt sich die Meldung, so erklären wir offen heraus, daß wir eine so schwächliche Regierung wie die jetzige noch niemals gehabt haben, auch zu Exp. IV und Hohenlohes Seiten nicht. Wenn es aber der Regierung wirklich so unerträglich ist, die Distanzansprüche des Reichstags zu ignorieren, so kann sie unverzüglich die Anwendungsfähigkeit auch bewilligen, dann aber muß sie wahrgenommen haben, daß die Einführung dieser Gesetzesvorlage der Wahlrechts mit keiner Aktionung bilden, das heißt, daß die Einführung dieses Wahlrechts auf der Verabschiedung der Distanzansprüche beruhte. Somit ist klar, daß wenn letztere aufgehoben werden soll, auf die Urtage des damaligen Kompromisses zurückzgriffen, also das Wahlrecht geändert werden muß. Sonst verfügt man gegen die Verfassung und die Absicht ihrer Urheber.“ — Andere Löse sind von professionellen Scharfschützen, die „Blut und Elsen“-Traditionen pflegen, nicht zu erwarten.

Schweine-Pod und seine Kumpane gaben sich gestern ein Stellhorn in Berlin. Unter dem Vorstoß des Reichstagsabgeordneten Grafen Schweinsdorff fand eine Sitzung des prußischen Landeskonomie-Kollegiums statt. Hauptgegenstand der Tagessordnung bildete die Frage der Fleischversorgung. Landwirtschaftsminister Podbielski hielt eine Ansprache, in der er zunächst betonte, daß die Staatsgewalt it-tis das Wohl des Staates gegen (ies: Agrarier. R.d.) im Auge habe, ihr Wege fern, durch einseitige Bewandlung von Vorteilen an die Landwirtschaft einen Gegenzug zwischen Stadt und Land zu schaffen. (Aber Pod! Red.) Die wichtigste Frage sei die Ernährung der gesamten Bevölkerung. Die Erhöhung der Landwirtschaft im letzten Jahre sei zu begrüßen. Die Landwirte müssten aber auch bemüht sein, einen Ausgleich zwischen den Konsumtanten und Produzenten zu schaffen und nicht durch unbegründete Preiserhöhungen und Gegenjahrz verhindern. Die Kaufkraft der Landwirtschaft komme der heimischen Fabrik zu gute, die angestrebte des unsicher werdennden Auslandsmarktes ihre Ergebnisse auf dem Inlandsmarkt abschneiden müsse. Die Fleischfrage löse eine gedehnte Lösung durch das Gemeinschaftswege und nur mit Hilfe der Fleischer erschaffen. Die heimische Landwirtschaft, die durch Verfeuchung vom Auslande nicht geschädigt werden dürfe, müsse neue Absatzmärkte gewinnen. Besonderes Augenmerk sei auf die Verbesserung der Arbeitsergebnisse und auf das Schäfzen zu richten. — Und das sagt Pod? Nachbars, mein Fälschen!

Die Wahl Zimmermanns gültig! Im 20 jährigen Wahlkreis (Märkisch-Oderland-Bistum) saß am 18. März 1904 eine Stichwahl für unseren verstorbenen Genossen Rosenow statt, bei der für Binslau (Soz.) 10 277 Stimmen abgegeben wurden, für Zimmermann (Alt) 5998, für Schönz (cons.) 4326. Ferner waren 8 Stimmen zerstreut. Die absolute Mehrheit betrug 10 305 Stimmen; es fehlten Binslau also 56 Stimmen zum Siege. Bei der Stichwahl siegte Zimmermann. Ein rechtzeitiger Einspruch legte dar, daß auf einer Anklage der Amtshauptmann des Wahlkreises erklärte, er sei allerdings der Ansicht, daß bezogene Wähler nicht an ihrem früheren Wohnort wählen dürfen. Die Gemeindewählende handelten nun fast alle in diesem Sinne, und es wurde eine Anzahl unberechtigter Wähler von der Wahl zurückgewiesen. Der Wahlprotest führte 57 solcher Wähler nominell auf, die also nach der bisherigen Praxis der Wahlpflichtkommission, da sie nach ihrer Angabe Binslau wählen wollten, dessen Stimmenzahl hätten zugezählt werden müssen, so daß Binslau sofort in der Hauptwahl als gewählt erscheinen müste. Die Wahlpflichtkommission vertrieb es aufsinnig, die präzisielle Frage zu entscheiden, daß nämlich die Anzahl

sung der Amtshauptmannschaft ungültig war und dadurch die Wahl Binslau verhindert wurde. Dagegen stellte sie eine Berechnung an, nach der in Würdicht auf einige andere Vorwürfe bei der Wahl immer noch 9 Stimmen an der Mehrheit für Binslau gefehlt hätten. Zimmermann also mit Recht in die Stichwahl gekommen sei! Daraushin erklärte die Mehrheit der Kommission gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen die Wahl Zimmermanns für gültig. — Im Plenum wird über diese Prüfung sich das weitere ergeben.

Die nationalliberale Jugend macht den nationalliberalen Großväter vielen Humor. Anfangs ließ man sich diese „Jugendorganisationen“ mit Jünglingen bis zu 40 Jahren einschließlich sehr gern gefallen, weil sie immerhin etwas „Leben in die Wade“ brachten. Nun aber nehmen sich die „Jungen“ heraus, die „Alten“ zu Schulmeistern. So beschäftigte sich neulich in Mainz der Vorstand des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend mit der Volkschulunterhaltungsvorlage und nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher mit aller Bestimmtheit die Erwartung ausgesprochen wird, daß die nationalliberale Abgeordnetenhausfraktion dem Entwurf nur dann zugestimmt, wenn darin die Gleichberechtigung und die soziale Weiterentwicklung der Simultanschule gewährleistet und „sonstige schwere Mängel“ beseitigt werden. Dieser Besluß, der in Würdicht nichts anderes als ein verschleiertes Mütterausvotum an die liberale Abgeordnetenhausfraktion und auch an den Parteivorstand vorstellt, scheint an den leitenden Stellen der nationalliberalen Partei viel böses Blut gemacht zu haben. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ geht gewaltig gegen die 40jährigen Jünglinge los. Sie wirft den Jugendvereinen vor, daß sie wiederum den Versuch nicht unterlassen könnten, den parlementarischen Vertretung der Partei in den Alten zu fallen, und es sich nicht zu bezagen vermöchten, auf dem Gebiet der Gedankenlosen Schlagworte in eine Konkurrenz mit anderen Parteien einzutreten. Solche Phasen, wie die Resolution aufweist, machen auf die Landtagsfraktion nicht den geringsten Eindruck — Wegen dieser Rüffung empören sich nun wieder die „Jungen“ und der Familientreiz ist nun bereits im besten Gange; ein ergötzliches Schauspiel für die Ueberzeugten.

Schreckensjustiz im sächsischen Landtag. Am Montag wurde in der Zweiten Kammer der Justizetat verhandelt. Selbstverständlich ließ es sich der sozialdemokratische Vertreter, Genosse Goldstein, nicht nehmen, die neuesten Urteile der durch den Löbauer Prozeß in aller Welt bekanntesten Justiz des grünenmeisen Klassestaats geklärt zu berücksichtigen. Die Schreckensurteile, die die Dresdener Richter gegen Demonstranten und solche, die es sein sollten, gefällt haben, fordern schon an sich die Rüttel heraus; in ihrer ganzen Weisheit enthalten sie sich aber erst, wenn man sie mit Urteilen vergleicht, die wegen ähnlicher Vergehen gegen Söhne bestechender Eltern, gegen Studenten, gefällt werden. Die Geldstrafen von 5 bis 35 Mr., die in Freiburg gegen einige Schüler der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz einwirkt: Schülert der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unzug verübt und einen großen Aufstand verursacht hatten, stehen in schreckendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen An

Begründung durch die rationelle Einrichtung der bestätigten Verurteilung zu erkennen. Bemerkenswert ist, daß der Minister die Mitwirkung der sächsischen Regierung vertrieb bei der Durchführung der Forderung nach Plänen für Geschworene und Schöffen, damit den Arbeitern die Möglichkeit zur Bekleidung solcher Ehrenämter gegeben werde. Auf die Forderung des Genossen Goldstein, bei der Auswahl der betreffenden Arbeiter nicht aus die politische Gesinnung zu sehen, antwortete der Minister nicht. Der oberste der Reaktionäre, Rittergutsbesitzer Opitz, aber erklärte, daß Angehörige einer Partei, die mit Gewalt die heutigen Zustände beseitigen wolle, nicht Richter sein könnten. Der boshaftes Gefühl will es, daß fast zur selben Stunde, da Herr Opitz diese Weisheit von sich gab, ein Dresdner Richter im Gerichtssaal dem Angeklagten seine höchste Bewunderung darüber ausdrückte, daß es zwischen ihm und dem Bekleideten nicht zum Duell gekommen sei! Mehrfach wurde in den Debatten des auffallend milden Urteils von 1900 Mr. Geldstrafe gedacht, daß ein Dresdner Schöffengericht gegen den russischen Fürsten einen Potschubey gefüllt hat, der einen Hotelportier mit seinen Stiefelabsätzen zu Schanden trat. Der Justizminister meinte, das liege am Strafgesetzbuch, das eine höhere — Geldstrafe nicht gestatte; es müßten eben höhere Geldstrafen geschaffen werden. Allerdings, fügte er zögernd hinzu, hätte auch auf Gefängnisstrafe erkannt werden können. Für die Tatsache, daß der Rohling gegen die Summe von 10 000 M., die für ihn einen Pappensiel bedeutet, aus der Haft und damit aus dem Bereich der deutschen Straferechtspräze entlassen wurde, hatte der Minister keine Worte.

Fleischnot ist nich! Im „Volksblatt für Halle“ lesen wir: Das Kuratorium des Schlacht- und Viehhofes nahm in seiner letzten Sitzung die Mitteilung entgegen, daß seit April vorigen Jahres auf dem Schlachthofe in Halle 5 000 Schweine winter geschlachtet worden sind als in dem gleichen Zeitraume des Vorjahrs. Podbielski gesagte Geist, der über die Fleischnot immer lustig und vergnügter Dinge ist, wird diese erneute Feststellung zwar nicht weiter genieren, sie ist aber immerhin fatal für einen Minister, der mitten in arger Fleischnot erklärte: Fleischnot is nich!

Die Handelsverträge. Ziemehr der Termin für das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge heranrückt, desto mehr macht sich in den industriellen Kreisen Sorgen bemerkbar. Der Gang der Entwicklung ist so: Als das Eisen warm zum Schmieden war, d. h. als die Handelsverträge bzw. der Zolltarif dem Reichstag vorlagen, da schwiegen die Industriellen Kreise. Im Reichstag waren es, abgesehen von ein paar lendenhaften Neuerungen aus liberalen Kreisen, nur die Sozialdemokraten, die auf die Industrie und dem Handel drohenden Gefahren hinwiesen und dann auch gegen die Handelsverträge stimmten. Dann war wieder längere Zeit Ruhe. Aber nun regte man sich bald im Ausland, um dort die Situation auszunehmen. Jetzt erhoben die Handelskammern ihre Stimmen, d. h. sie gaben ihr Gutachten dahin ab, daß die neuen Handelsverträge die deutsche Industrie schwer schädigen würden. Es war natürlich zu spät. Aber auch jetzt lagen die einzelnen Interessen noch immer auf der politischen Bühne und dachten, die gute Regierung macht ja alles in bester Weise. Nun endlich, so nahe am Wendepunkt, werden auch die politischen Bärenhäuter aufgepeitscht, denn schon machen sich die Folgen von Deutschlands ungünstiger Handelspolitik bemerkbar. Die „Frank. Zeit.“ weiß von der Hölleinhaltung deutscher Spieker folgendes Geschichtchen zu erzählen. Ein württembergischer Fabrikant, der durch Vermittlung eines Grossisten einen bedeutenden Teil seiner Produktion nach Russland verkauft, wurde aufgefordert, sich an Schülern zur Erzielung eines guten Handelsvertrags zu beteiligen. Er lehnte das ab, da er sich „im Politik gründlich nicht interessiere.“ Er möge sein Geschäft und damit bast! Kürzlich kam nun der Mann zu dem Grossisten, um den üblichen großen Jahresauftrag einzuholen. „Ich bedauere, ich kann Ihnen nichts ablaufen“, sagte der Grossist. Der Fabrikant lachte, bis ihm der neue russische Tarif gebracht wurde, aus dem hervorging, daß die Ware des Fabrikanten nach Russland fortan nicht mehr konkurrenzfähig ist. Dann freilich war er geschmettert, denn das bedeutet für ihn den Verlust seines halben Absatzes und die entsprechende Einschränkung seiner Produktion. Vielleicht beruft man sich in industriellen Kreisen auf das Entgegenkommen, daß die Wünsche im Reichstag, zumal des Innern gefunden haben. War so eine Kommission aus der Provinz dort anwesend, so wurde alles barsch protokolliert. Zum Schluß bedankten sich die amtlichen Herren sehr herzlich für die „interessanten Informationen“, aus denen sie „ungeheuer viel gelernt hätten.“ Was schien mit strahlenden Gesichtern und einem herzhaften Druck der biederem Männerrecht — da konnte es doch nicht fehlen. Und das Resultat? Der 1. März wird es anzeigen.

Die Kaiserin in der Heimarbeiter-Ausstellung. Die Frau des deutschen Kaisers hat am Dienstag eine ähnliche Gelegenheit wahrgenommen, selbst zu untersuchen, wann das arbeitende Volk Preußens - Deutschlands revolutionär gesinnst sei und eine völlige Aenderung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung anstrebe. Sie erschien unvermutet in der Ausstellung für Heimarbeit zu einer Zeit, da sie ausschließlich von Arbeitern behauptet war. Zwei politisch und gewerkschaftlich organisierte Genossen, die zwar nicht das Foszherenten, wohl aber desto gründlicher die Materie beherrschten, übernahmen die Führung der Besucherin und erzielten ihr alle gewünschten Auskünfte, so z. B. auf die Frage, warum sich der Arbeiter zur Herstellung von Bleisoldaten fänden, da doch diese Arbeit so furchtbar schlecht bezahlt werde! Als sie die notwendige Ausklärung erhalten hatte, meinte die Kaiserin, das würde sich doch nur sehr sehr schwer lassen. Davor waren nun wohl auch ihre Führer überzeugt, die als kämpfende Proletarien sehr gut wissen, welche ungeheuren Schwierigkeiten sich überall, besonders aber in Preußen - Deutschland, den guten Rechtsforderungen der Arbeiter entgegenstehen. — Wir nehmen an, daß die Kaiserin die Heimarbeiter-Ausstellung recht nachdrücklich verlassen haben mag. Da war sie nun bei den Arbeitern zu Besuch gewesen, bei jenen Leuten, die vor knapp zehn Tagen, hätten sie nur ein wenig aufgereggt, vom Militär wie die Hunde erschossen worden wären. Glücklicherweise waren sie nicht auf die Straße ge-

gangen. Über die Kaiserin wird wohl jetzt begreifen, daß Menschen unter Umständen dennoch aus Verzweiflung auf die Straße gehen können . . .

Pod soll wieder einmal amtsmüde sein, diesmal, weil er sich über das Ende der Fleischnot gekürt hat. — Durch solche Lausegesichter läuft sich doch ein preußischer „Schweine“-Minister nicht vor den Bauch stoßen.

Die „Klägliche“ als „Majestätsbeleidiger“. In ihrer Morgennummer vom Dienstag enthält die „Tägl. Rundschau“, das bekannte Organ für die „gebliebene“ Rasse aller Stände, im Hauptblatt folgende Notiz: „Gegen die Leipzigger Volkszeitung“ bes. Herrn Franz Mehlung, die sich bekanntlich durch einen unerträglich rohen Ton auszeichnet, geht der Staatsanwalt jetzt mit großer Entschiedenheit vor. Nachdem gegen das Blatt schon unlängst zwei Verfahren wegen Aufreizung zu Gewalttätersleitungen und wegen Beleidigung des Landtages eingeleitet worden sind, stehen ihm jetzt auch noch zwei Majestätsbeleidigungsprozesse in Aussicht. Es wurde, wie uns unser Leipzigiger Mitarbeiter drücklich meldet, wegen des das sächsische Reichshaus beschimpfenden Artikels vom 20. Januar Albertinische Prose und anderer wegen eines Artikels vom letzten Sonnabend vorwürfische Hungerleiderei Wallage erhaben.“ Dieser Ausbruch einer bestiegenen Nachlust findet sich im Hauptblatt. In der Wallage derselben Nummer ist jedoch der unter Anklage stehende Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gerade in seinem kältrinierten Teile sehr sündlich noch gedruckt! Einen besseren Beweis dafür, daß der Artikel keine Majestätsbeleidigung enthält, können wir uns nicht denken; denn sonst hätte die „Tägl. Rundschau“ sich ja ebenfalls dieses „Verbrechens“ schuldig gemacht! Die „Klägliche“ hat die Wiedergabe der Leipziger „Majestätsbeleidigungen“ dadurch abzuschwachen versucht, daß sie die Sache als „im Stile des Überländerischen kleinen Moritz“ geschrieben hinzustellen versucht. Das rettet sie (selbstverständlich?) nicht vor der Findigkeit staatsanwaltschaftlichen Eisens. Siehe den Fall Perner. Recken sich Staatsanwaltsschäfliche Hände nach unserem verantwortlichen Genossen in Leipzig aus, dürfen sie auch den „reinen Toren“ von der Kläglichen packen. Läßt man den läufigen Parzival ungeschoren, darf man auch die „Leipziger Volkszeitung“ nicht auf die Bank des Angeklagten zwängen. Also will es wenigstens die Logik des Staatsanwalts, wie sie sich in dem Falle des Genossen Perner manifestierte, der sich in einem Referate über eine Gerichtsverhandlung des „Verbrechens“ schuldig machte, inkrimierte Stellen wiederguziehen.

Kein Ausnahmegesetz? Die „Kölnische Zeitung“ erhält aus Berlin folgendes offizielle Telegramm: „Es ist schwer verständlich, zu welchem Zwecke das Gericht aufgebracht worden ist, daß um die Weihnachtszeit die Reichsregierung ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie in Form eines Ausnahmegesetzes geplant habe, daß aber diese Maßregel wegen des Widerspruchs des Zentrums fallen gelassen worden sei. Das Unrichtige dieser Nachricht geht an sich aus den in der letzten Zeit von dem Reichskanzler und dem Justizminister im Landtage abgegebenen Erklärungen hervor; auch braucht sich wirklich die Regierung bei der ihr bekannten Haltung des Zentrums und überhaupt der großen Reichstagsmehrheit nicht noch zu gewissen, welche Aufnahme eine vorzeitige Vorlage finden würde. Es ist daher eigentlich überflüssig, wie wir aber nach unseren Erfahrungen tun können, festzustellen, daß mit dem Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn in dieser Frage überhaupt nicht verhandelt worden ist. Derartige Gerichte sind sicher nur geeignet, der Sozialdemokratie Agitationssstoff zu liefern, und sollten deshalb am allerwenigsten von Zeitungsorganen verbreitet werden, die sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie zur besonderen Aufgabe machen.“ Zu diesen „Zeitungsschäften“, die sich des Verbrechens schuldig gemacht haben, durch Wiedergabe des jetzt demokratischen Gerichts der Sozialdemokratie Agitationssstoff zu liefern, gehörte auch die „Kölnische Zeitung“. Doch dies nur nebenbei. Daß in der Sache selber ein offizielles Dementi erfolgen würde, war ja vorauszusehen. Über was wird erst abwarten müssen, was Marx Lorenz auf dieses Dementi zu erwarten hat.

Russland.

Waffeneinfuhr verboten. Die russische Regierung hat nach einer amtlichen Mitteilung des Berliner russischen Botschafters nach der Verhängung des Belagerungszustands über die 10 dem Generalgouverneur von Warschau unterstellten russischen Weichselprovinzen, über die drei russischen und polnischen Provinzen (Prußland, Livland, Estland) und über die Stadt Königsberg die Einfuhr jeder Art von Waffen, ausgenommen Jagdwaffen, in dem bezeichneten Gebiete verboten. Ferner ist nach dem Großherzogtum Finland die Einfuhr folgender Gegenstände verboten: Kanonen, Bomben, Granaten und andere Geschosse, Windbüchsen, Pulver, Nitroglycerin und andere explosive Stoffe, sowie Feuerwaffen und Karabinen.

Gerichtet wurde in Poltawa der Stabsarzt Filionow, unter dessen Führung die Kosaken in mehreren Kreisen des Gouvernements die Bauern wegen der Beteiligung an den Agrarunruhen auf das grausame mißhandelten, und durch einen Revolverstich getötet.

Neuer Brandstoff. Die Industriellen mehrerer Moskauer Fabrikations geben von neuem vom Beihilf und Entlastung zum Elsfund und Entlastung über. Auf den Brodorowschen Werken wurden übermals, in einer Nische vermauert, eine Bombe, mehrere Mausgewehre und Revolver mit Patronen von der Polizei aufgefunden. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Weitere standrechtliche Erschießungen. In Warschau sind wieder fünf Israeliten wegen terroristischer Gewalttaten kriegsrechtlich erschossen worden.

Ein Flugblatt der Konturrevolution. Der nachfolgende Aufruf wirkt ein klares Licht auf die Methoden, deren sich die Reaktion in Russland jetzt bedient. Der Aufruf erschien aus Anlaß des Jahrestages der blutigen Unterdrückung der völlig friedlichen Demonstration vom 9./22. Januar. Er lautet: „An alle Arbeiter und Arbeiterinnen Petersburgs. Genossen! Es steht der 9. Januar — der Jahrestag des Todes unserer Genossen, die von dem verfluchten Papen Gopoz betrogen wurden. Im Januar des vorjährigen Jahres führte uns Gopoz in Petersburg zur Abschreckung und im Dezember taten die roten Lampen in Moskau dasselbe. Ein ewiges Andenken den armen, betrogenen, geflüchteten Genossen und ein Fluch über Gopoz und

dem roten Hundert. Eine blutige Ereignisse, sie sollen uns eine Lüge sein; sie sollen uns die Kraft geben, uns aus der Macht des roten Hunderts zu befreien, das unter Lügen nicht schont und uns ins Verderben führt. Darum dem Streit leben wir selbst, wir hungern, und mit uns hungern unsere Familien. Es ist Zeit, der Arbeiter ein Ende zu machen! Genossen! Ja diesen Tagen werben auf den Fabriken die roten revolutionären Lebner erschienen. Mit schäumendem Maule werden sie von Streiks und Demonstrationen am 9. Januar sprechen. Die Hooligan-Zeitungen wie die „Molot“ u. c. werden diese Forderungen unterstützen. Die Delegierten des Spitzbubenrates, umgeben von der räuberischen Kampforganisation des roten Hunderts werden uns mit Gewalt von den Fabriken jagen, um einen Streik zu organisieren. Wir aber wollen von den Fabriken nicht fortgehen und ihren Forderungen keine Folge leisten. Einen Streik müssen wir nur in geheimer Abstimmung beschlossen haben. Genossen! Ja der Einigkeit liegt unsere Kraft. Um ihre Gewalttäterschaft zu unterdrücken, müssen wir uns vereinigen und also durch Macht ihren Gewaltkampf ein Ende machen. Genossen! Wir fordern, daß die roten Lampen für das vergessene Blut unserer Brüder in Petersburg und Moskau mit ihrem Blute bezahlen! Genossen! Tötet die Sozialrevolutionäre und die Juden — Sozialdemokraten! — Tötet den roten Lampen!!!“ Somit ist nicht die Regierung, sondern Gopoz und die Revolutionäre an dem Blutbad des denkwürdigen Sonntags schuld. Eine ganz meitwürdige Auffassung!

Über und Nachbargebiete.

Freitag, den 2. Februar.

Zugung von Werkarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Meppenwerft ausgesperrt sind!

Bürgerausschuss. In die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorschlägen betr. den Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten und das Staatsbudget für das Rechnungsjahr 1906 wurden die Herren Dr. Baethke, Jenne, Behling, Mühsam, Strack, Dobberstein und Dr. Priess, sowie als Ersthilfsmänner: Dr. Wittner, Otte und Heinrich gewählt. — Durch Senatsdecrett wurde mitgeteilt, daß der Senat zu der Überzeugung gelangt ist, daß die Einschaltung eines Kraftbetriebes für die Strukturen und Einsiedelfähre sich nicht empfiehlt, da sie weder eine Beschleunigung noch eine größere Sicherung des Verkehrs herbeiführen würde. — Zugestimmt wurde einem Zusatzvertrag zu der Vereinigung der drei freien Hansestädte betr. die Errichtung eines gemeinschaftlichen Oberlandesgerichtes. Artikel 1 lautet: Bei dem Oberlandesgericht wird ein sechster Senator eingerichtet und mit einem Präsidenten und fünf Räten bekleidet. Das Jahresgehalt des sechsten Präsidenten beträgt 16 000 M. Artikel 2: Die bei dem Oberlandesgericht bestehenden Gerichtsschreiber, Kanzleidien- und Gerichtsdienststellen werden um je eine vermehrt. Der Beitrug ist von den Kommissaren Dr. Fehling-Uebel, Dr. Pauli-Bremen und Dr. Lappenberg Hamburg unterzeichnet. — Ein weiterer Punkt betrifft den durch den Bahnhofsbau bedingten Neubau der äußeren Holsteinerbrücke, der sogenannten Puppenbrücke. Bei dieser Gelegenheit soll gleichzeitig der Stadtgraben reguliert und demgemäß die Brücke weiter nach Nordosten verschoben werden. Nach dem Antrage des Senats stellen sich die Baukosten auf 475 000 M. Der Bürgerausschuss erklärte sich mit diesem Senatsantrage einverstanden. Mit den erforderlichen Arbeiten soll bereits im Februar begonnen werden, um die Brücke bis zum Jahresende fertig zu stellen. — Der Bürgerausschuss beschloß ferner, die Senatsvorlage betr. Herstellung eines Deckwerkes zu einem Schutz des Brodener Ufers abzulehnen, weil die dafür geforderten Mittel nicht im Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen stehen. Dagegen wurde beschlossen, an den Senat folgende Ersuchen zu richten, derselbe sollte 1. die Baudeputation anwenden, die vom Oberbaudirektor Nehder bei den Kommissionsverhandlungen in Aussicht gestellten Maßnahmen für die gleichmäßige Ausbildung und Erhaltung des Strandes vor der Travemunder Strandpromenade durch Sandfänge zur Ausführung zu bringen; 2. den Brodener Büchnern zu gestatten, für ihre Rechnung am Brodener Ufer unter Aussicht der Baudeputation Buhnen zu bauen, und ihnen hierzu Strandkies zu überlassen, soweit dies nach Aussicht der Baudeputation unbedenklich ist.

Reinigen der Haarbstreifen. Haarbstreifen sollen nie mit Seife, sondern mit ein wenig Soda gereinigt werden. Zu diesem Zwecke löst man die Soda in warmem Wasser auf und legt die Brüste mit den Borsten nach unten in die Flüssigkeit, so daß letztere nur gerade die Borsten bedeckt. Binnen kurzer Zeit werden die Borsten rein und weiß erscheinen. Dann wäscht man die Brüste mit reinem Wasser ab und läßt sie an freier Luft und mit aufwärts gehaltenen Borsten trocknen.

In dem Jahresbericht des Metallarbeiterverbandes für 1905 ist irrtümlich angegeben, daß an das Gewerkschaftsstatell als Beitrag 800 M. gezahlt sind; richtig muß es 80 M. heißen.

Krankheitsarme in Gesichtsmasken. In Unberacht der gegenwärtigen Zeit, die im Zeichen des Karnevals steht, dürfte die hiesige Bevölkerung einer Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidiums Beachtung schenken, in der dieser auf die Gefährlichkeit der Gesichtsmasken aufmerksam macht, die in den Maskenverleihgeschäften ausgetauscht werden. Mittels der Gesichtsmasken können Krankheitsarme, namentlich der Tuberkulose, von einer Person auf die andere übertragen werden. Der Polizeipräsident warnt daher, aus Maskengeschäften gebrauchte Gesichtsmasken zu entziehen.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Sonnabend findet keine Vorstellung statt. Der Sonntag bringt dagegen wiederum zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr wird zu kleinen Preisen „Der Schwanenstreich“, Lustspiel in 4 Akten vor Schöneham, letztmalig gegeben. Abends 7 Uhr findet eine große Opern-Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangt Halvings fünfaktige Oper „Die Jüdin“. Auf das sorgfältigste einstudiert, mit den ersten Opernkünstern in den Hauptrollen besetzt, wird es gewiß gelingen, das Theater bis auf den letzten Platz zu füllen, sodass wieder ein ausverkautes Haus die Parole sein wird. Als Aufführung eines hiesigen Autors, Robert Kirchmair, geht Montag dessen Schauspiel aus den Tiroler Bergen, „Ambras der Hirte“ in Szene, während Dienstag das erste Gastspiel des Fr. Lilly Herling als Carmen stattfindet. Fr. Herling erfreut sich noch von ihrem vorjährigen Engagement am hiesigen Stadttheater großer

Beliebtheit und ist jetzt am Nürnberger Stadttheater engagiert, wo sie mit ihrer Carmen gelegentlich auch eines Gastspiels am Frankfurter Opernhaus große Triumphe gefeiert hat.

Gefundene Sachen. Im Monat Januar d. Js. sind beim Polizeiamte als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert: Diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, kleine Regenschirme, Spatierstöcke, 2 Veloboots, 1 Stoff, 1 Korallenkette, 1 silberne Münze, 1 Nickelbleistift, 1 Koffer, 1 Paar Gummischuhe, 1 Paar weiße Glacehandschuhe, 1 weißes Kinderjäckchen, 1 Palet enthaltend weiße Spangen, 1 Paar Handschuhe, 3 Haarneige, 1 Palet enthaltend Schuhbänder und weißes Band, 1 Ring, 5 Taschentücher, 2 schwarze Filzhüte, 1 gehakelte Lischette, 1 Lischauer, 1 Tasche mit Schuluniformen, 10 neue eiserne Schrauben ohne Stiel, 1 Ledergurt, 1 Taschenmesser, Rosenkranz, 1 Schere, 1 Robaumartenbuch, 1 eiserner Wagenreifen, 1 Milchlaune, 1 Pferdeleine und 1 goldener Kettenring.

Handelsregister. Am 1. Februar 1906 ist eingetragen worden: 1. die Firma Herrich & Steffen in Lübeck. Inhaber: Kaufmann P. H. Steffen in Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Handlung mit Webeln, Garderoben und Manufakturen; 2. bei der Firma C. H. Floto in Lübeck: Der Kaufmann C. H. Floto in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die nunmehr aus den Kaufleuten Christian und Ernst Floto bestehende offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1906 begonnen.

Im Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde machte der Vorsitzende in der Dienstag-Versammlung Mitteilung über die Vorbereitungen zum Stiftungsfest, welches am 5. Februar im "Colosseum" gefeiert wird. Ein abwechslungsreiches Programm wird für allseitige Unterhaltung sorgen. Die Eintrittspreise sind dieselben wie im Vorjahr, ein reger Besuch also steht sicher zu erwarten. — Neben Karlshof glaubt der Vorstand endgültige Bestimmungen in der Generalversammlung bekannt machen zu können. Um Schlüsse des Abends wurden noch verschiedene Unregen gegeben, die auch zur Ausführung gelangen sollen.

pb. Sittenverbrechen. Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter wegen eines Verbrechens nach § 176 des St.-G.-G.

pb. Misshandlung. Ein Viehtreiber, der einen hiesigen Arbeiter mit einem Knüppel misshandelte, wurde wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges zur Anzeige gebracht.

Gutin. Christliche S. Ein junger Mann, der nicht aus dem Fürstentum stammt, beabsichtigte, sich mit der Tochter eines hiesigen Einwohners zu verheiraten. Er ging also zum Pastor Ahlrich und teilte diesem seinen Entschluss mit, um sich auch kirchlich trauen zu lassen. Als der Seelsorger den Namen der Braut erfuhr, von der er wusste, daß sie bereits einmal "gefallen" ist, machte er dem jungen Mann die größten Vorstellungen, um ihn zum Zurücktreten von der Heirat zu bewegen. Er schilderte den Schwiegervater in den schwärzesten Farben und erklärte, daß das Mädchen schon viele Herren oder Männer seien gelernt habe. "Schreien Sie zurück aus dem Sumpf, treten Sie einem Junglingsverein bei; oder ist das Mädchen schon wieder so, daß geheiratet werden muß?" so fragte Herr Pastor Ahlrich. Als diese Frage verneint wurde, und der Herr Pastor einsah, daß seine Worte auf steinigen Boden gefallen waren, gab er dem Bräutigam noch den Rat mit auf den Weg: "Sagen Sie Ihrer Braut, daß sie ja ohne Kränze zur Kirche kommt!" Wenn der junge Mann vernünftig ist, so wird er überhaupt auf den kirchlichen Segen verzichten, der ihm von einem Mann gegeben werden soll, welcher ihn von seiner Braut abwenden wollte und derselben nur schlechtes nach-

redete. Im übrigen ist es unserer Meinung nach durchaus nicht Aufgabe eines Geistlichen, Brauteute auseinanderzu bringen; eher das Gegenteil. Der Fall zeigt wieder einmal, wie der christliche Leitstab "Liebe Deinen Nächsten" in gewissen Kreisen aufgesetzt wird. — Strafe für die Armut. Ein Mädchen, welches die hiesige Poltschule besucht, kam in dieselbe mit Holzantoffeln. Der Lehrer bemerkte das und befahl, daß das Kind in der nächsten Turnstunde Schuhe anzuziehen sollte. Da das Mädchen jedoch solche nicht besitzt und der Vater, der ohne Arbeit ist, keine kaufen kann, so kam das Kind wieder mit Holzantoffeln zur Schule. Hierfür erhielt nun das völlig schuldlose Kind Schläge und musste nachsitzen. Weil die Armut der Eltern es nicht gestattet, der Tochter Schuhe zu kaufen, wird letztere bestraft. Auch ein kleiner Beitrag zur "Göttlichkeit" unserer Weltordnung.

Oldesloe. Feuer. Dienstag früh brannte das große Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Husners Carl Wegerer in Siebenbürgen nieder. Leider kamen in den Flammen mehrere Milchkühe, ein wertvolles Fohlen sowie viele Vorräte um.

Melsdorf. Eine verheerende Feuersbrunst wütete Dienstag im Dorfe Kanzlei. Der große Hof des Hofstiegs v. Drahten ging in Flammen auf. Es ist leider nicht gelungen, den großen Weihstapel zu retten; 101 Tiere, darunter über 40 Kinder und 20 Pferde, kamen in den Flammen um.

Parchim. O. Susanna! Was unsere Jungs aus der biblischen Geschichte lernen, zeigt folgendes: In einer Schule des hiesigen Amtes behandelte der Lehrer die biblische Geschichte von Jesu Einzug in Jerusalem am Palmsonntag. Er fragte einen siebenjährigen Jungen: Welche Worte rief das Volk Jesu bei seinem Einzug entgegen? Der kleine antwortete: O. Susanna, dem Sohne Davids, wie ist das Leben doch so schön! Die Vorstellungweise des Siebenjährigen ist gar nicht so übel von dem Einzug in Jerusalem.

Mostost. Es wird immer heiterer! Gegen den verantwortlichen Redakteur der "Mecklenburgischen Volkszeitung" ist ein Verfahren wegen "Wahlstättensiedigung" begangen durch eine Befreiung des Schweriner Hofballs, eingeleitet.

Barel. Ein schreckliches Unglück ereignete sich in Ellerherdam am Dienstag vormittag. Das zweijährige Söhnchen des Bahnwärters Wilhelmus lief beim Steinziehen entgegen und geriet dabei unter den Zug. Beide Beine und ein Arm wurden dem Knaben abgeschoren. Der Vater brachte das noch lebende Kind im Eisenbahnwagen mit der verfügbaren Polizei nach Barel.

Oldenburg. Vom Landtag. In der Dienstag-Nachmittagsitzung wurde der Birtensfelder Etat erledigt. Der Referent, Abg. Jungblut, konnte auch mit den Hinterfragen, die er in seine Rede stochte, das Haus nicht erwärmen und die Regierung mit seinen lebhaften Klagen über den überzähligen Oberförster nicht zu einer erlösenden Antwort bringen. Den Schluss der Verhandlung bildete der Votterie-Vertrag mit Preußen. Unsere Genossen stimmt allein dagegen. Genosse Hugo begründete die ablehnende Haltung und kam dabei auf das Polerspiel in Oldenburg zu sprechen. Der Referent des Finanzausschusses, welches die Vorlage vorbereitet, Abg. Burlage, wollte den Spott, der in den Ausführungen Hugos darüber lag, nicht verstehen, und gab mit ernsthafter Miene die Erklärung ab, daß das Polerspiel vom Landgericht Oldenburg als Glückspiel bezeichnet worden sei, aber gegen das Urteil beim Reichsgericht die Berufung schwebte. Richtig sei, daß zum Polerspiel geradezu öffentlich aufgefordert worden sei, Konsequenzen daraus auf das Polerspiel des Ministers Ruhstrat zog er nicht.

Papenburg. Unschuldig zwei Jahre im Gefängnis. Der Schneidergeselle Schröder aus Papen-

burg, ein durchaus unbescholtener Mann, arbeitete bei einem Fleischer in Wimmelhausen, in dessen Hause auch ein Uhrmacher wohnte. Bei diesem wurde ein schwerer Einbruch verübt. Ein anderer Schneidergeselle namens Seybers, der mit Schröder zusammenarbeitete, leitete den Verdacht auf Schröder, und dieser wurde trotz seiner Unschuldsvorwürfen lediglich auf das alleinige Zeugnis des Seybers hin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der moralischen Qualität des Beugens hielt man leider keine Nachforschung, die in diesem Falle wohl am Platze war. Denn später wurde Seybers selbst wegen Strafnarben zu zwei Jahren verurteilt. Dabei kam auch ans Licht, daß er ein alter Gewohnheitsverbrecher mit einem großen Strafenkonto war. Daraufhin wurde im Falle Schröder das Wiederaufnahmeverfahren angeordnet und gleichzeitig gegen Seybers Anklage wegen Meineids erhoben und er dienthalb zu 4 Jahren Buchthaus verurteilt. Die formelle Freisprechung des Schröder, der sofort entlassen wurde, steht danach unmittelbar bevor. — Irrtum ist die Justiz stets unterworfen; daraus ist ihr kein Vorwurf zu machen. Manchmal scheint aber doch zu sehr rein formalistisch verfahren zu werden. Denn die Verurteilung des Schröder dürfte auf keinen Fall erfolzen, sofern man den Zeugen Seybers auf Heraus und Muster prüfe. Dazu lag aber die allerdringendste Veranlassung vor, wenn es sich um ihn als den einzigen Zeugen handelt und von seinem alleinigen Zeugnis abhängt. Da kann die Vorsicht doch überhaupt nicht weit genug gehen.

Bekte Nachrichten.

Namslau (Schlesien). In der Wohnung des Schreis Gruppa in der Rgl. Domäne Wallenberg brach Feuer aus. In dem Raum erstickten drei Kinder in der Abwesenheit der auf dem Felde arbeitenden Eltern.

Nantes. Nach einer in Kiel eingetroffenen Meldung hat sich im englischen Kanal ein schweres Schiffssunk ereignet. Der mit einer Ladung Delafuchs von Nantes nach der Ostsee abgegangene Dreimastdhow "Jantri" ließ nichts mit dem französischen Segelschiff "Margot" zusammen. Beide Schiffe erlitten so schwere Beschädigungen, daß sie sofort sanken. Es sind nur 7 Männer des russischen Schoners gerettet. Die übrigen Leute und die ganze Besatzung der Margot werden vermisst. Man befürchtet, daß sie ertrunken sind.

Edinburg. Der Kapitän Buchon des im Leith eingetroffenen deutschen Dampfers "Gemma" berichtet, daß er in der Sonnabend nach im Kattegatt von einem Schiffe beschossen wurde. Man glaubt, daß es ein schwedischer oder russischer Schoner war. Der Steuermann wurde am Arm durch einen Schuß verwundet.

Quittung.

Für die Ferienkolonien gingen bei uns ein:
Arbeiter-Bildungsschule Lübeck. 10.— M.
Redaktion des "Lübecker Volksbote".

Sternschanz-Wiehmarkt.

Hamburg, 1. Februar 1906.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 1239 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — M., Berjandichweine: schwere 74 M., leichte 73,2—74,2 M., Sauen 67—71 M. und Ferkel 71—73 M. pro 100 Pfund.

Räumungs-Verkauf Louis Levy

Klingenberg 5. Ecke Marlesgrube 2 und 4.

Trotz der enorm billigen Preise
rote Rabattmarken.

Nicht nur einzelne Artikel, sondern sämtliche Waren sind nochmals bedeutsam im Preise herabgesetzt.

Trotz der enorm billigen Preise
rote Rabattmarken.

Ganz besonders billig:

Herren- u. Knaben-Konfektion.

Zum Aussuchen.

Ein Posten starke Herren-Cheviot-Hosen	M. 2,10
Ein Posten starke gestreifte Leder-Hosen	M. 2,35
Ein Posten starke Herren-Loden-Joppen	M. 4,65
Ein Posten starke Kinder-Anzüge	M. 2,15
Ein Posten starke Herren-Anzüge, elegant	M. 11.00
Ein Post. starke Herren-Anz., beste Verarb.	M. 16,50
Ein Posten starke Herren-Hemden	M. 0,80

Abteilung:

Schuhwaren.

Zum Aussuchen.

Ein Posten Herren-Zugstiefel	M. 3,50
Ein Posten Herren-Hausschuhe	M. 1,50
Ein Posten Damen-falblederne Knopfstiefel	M. 3,45
Ein Posten Damen-Lackschuhe	M. 1,00
Ein Posten Damen-Zugstiefel	M. 0,95
Ein Posten Knaben-Zugstiefel	M. 1,45
Ein Posten Kinder-Cordschuhe	M. 0,15

Verkauf nur gegen bar zu billigen aber festen Preisen!

Frisch eingetroffen:

Flohenschmalz

garantiert rein, nicht ganz weiß, Pf. 48 Pf.
Nr. I Pf. 54 Pf.
Nr. II Pf. 60 Pf.

Ludw. Hartwig, Oberstraße 8.

Prima Bratenschmalz
Pfund 40 Pf.

Prima Flohmen

eigener Schlachtung, empfiehlt

Julius Schober

Große Burgstraße 55.

Empfehlungs-Arten

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Beste französische Eierkartoffeln

ff. Magnum bonum

empfiehlt bislang

A. Bothe, Füllungstraße 18.

E. Boy, Fischhandlung, Mauer 84.

Telephon 115.

Sonnabend frisch eingetroffen Markthalle 46

Schellfische, Rotzungen, prima Seelachs,

Fischcarbonade Pfund 50 Pf. Brachsen.

Ausnahmsweise Sonnabend: Prima jung.

Kindfleisch, Kalbfleisch und Ziegenfleisch,

billig Markthallen-Stand 34.

Führer

durch die

Strafprozeßordnung.

Rechte des Angeklagten

vor Strafgericht und Polizei.

Von Dr. Hugo Heinemann.

Preis 40 Pf.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

An das Kaufende Publikum von Lübeck und Umgegend.

Der Ausverkauf der Waren aus der C. Jacobsohn'schen Konkursmasse, bestehend in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben, Stoffen zu Anzügen, Paletots und Beinkleidern, Wäsche, Krawatten, Hüte, Mützen, Trikotagen, Arbeitergarderoben und anderen Waren findet zu außergewöhnlich billigen Preisen von heute ab H o i s t e n s t r a ß e 16, im Hause des Herrn Schlachtermeister Mühl, statt.

Verkaufszeit:
Morgens von 9—1 Uhr,
nachm. von 3—7 Uhr.

Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang gerne ge- stattet.

Gr. Inventur-Ausverkauf

so lange Vorrat reicht:

Tassen, Porzellan, jetzt 8 u. 10 Pf.
Tassen, Porzell., bunt, statt 30 20 Pf.
Becher, Porzellan, Stück 5, 9, 12 Pf.
Kümmen, Porzellan, nur 9 u. 13 Pf.

Milchtöpfe, Porz., 8, 10, 12, 18 Pf.
 Zuckerdosen, Porzellan, v. 20 Pf. an.
 Kaffeekannen 25, 38, 50 Pf.
 Gemüseschüssel 8, 10, 12, 18 Pf.

Blumentöpfe jetzt 40, 50, 65 Pf.
Blumenkübel statt 75 Pf., jetzt 50 Pf.
Leutwagen statt 30 jetzt 23 Pf.
Seifenbürsten 12, 18 u. 22 Pf.

Wichsbürsten jetzt 18 u. 23 Pf.
Schmuckbürsten statt 18 jetzt 12 Pf.
Straßenbesen jetzt 38 Pf.
Großbesen statt 50 jetzt 28 Pf.

Reuters Werke

Breitestraße 33.

RIESEN-BAZAR

Breitestraße 33.



Habe ein ausnahmsweise
schweres, junges, fettes
Pferd geschlachtet, wovon ich
selten dicke Flohmen
und Bratenstücke ^{bestens} empfehle.
gekochtes Röllfleisch,
sämtliche Wurstsorten

in bekannter Güte
Rud. Dieckvoß Ww.
Rösschlächterei mit elektr. Betrieb
Obertrave 12.
Ferrari 1664

Empfehl
Prima dicke Flohmen
Kohlwurst
„ kleine Rauchstücke.
Von 5 Uhr an
Heisse Knackwurst
Oscar Keil
Wurstmacherei mit elekt. Betrieb
Schmiedt. Allee 65, Gute Westhöfe
Fernsprecher 1447.

Heringe und Salzgurken

Herrn und folgende Tage
Ausschank
von hiesigem
Bock-Bier.
Rud. Storch,
Friedenstrasse 43

Restaur. Wiederhold

Sadowastraße 11a.
Morgen Sonnabend und Sonntag:
Ausschank von
ff. Hansa-Bock.

Stadthallentheater.

Nachmittags 4 Uhr. Kleine Preise
Der Schwabenstreich.
Lustspiel in 4 Akten von Schönhan.
Abends 7½ Uhr.
87. Abonn.-Vorst 18. Sonnt.-Abonu.
Große Opern-Vorstellung.
Die Jüdin

DIE ODELL.
Große Oper in 5 Akten von Halevy.
Montag den 5. Februar. 8 Uhr.
Uraufführung!
Ambros der Hirt.
Schausp. aus den Tiroler Bergen i. 5 Akte v.
Rob. Kirchmair.
Dienstag: Im Abonnement.
Gastspiel Lilly Herking.
Carmen.

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts



Sotto la lunga verità

Schirmfabrik und Hutbazar von
H. Stoppelman, Lübeck

Königstraße 73, Eingang Hüxstraße. — Filiale: Schwartau Markt 12

Sekretär Dr. Stenzel für den gefälschten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Bände „Kuban und das Hochgebirge“ sowie der von P. L. geschilderten Artikel und Notizen:
Johannes Giebing. — **Sekretär des Kubaner für die Bände „Sibirien“ und „Ochotschsk“ sowie die mit P. L. geschilderten Artikel und Notizen:**
Maximilian Kussejew. — **Gelehrter für die Bände „Kuban“ und „Ochotschsk“:** Paul Sönnige

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 28

Sonnabend, den 3 Februar 1906

13. Jahrgang

Zur marokkanischen Konferenz.

Marocco ist, wie allgemein bekannt, ein mohammedanisches Reich im Nordwesten Afrikas; es ist ungefähr so groß wie das Deutsche Reich, aber seine Bevölkerung zählt nur etwa fünf Millionen. Ein großer Teil des Bodens wird für fruchtbaren und mineralreichen gehalten. Der Sultan Marokko ist, der im Alter von 28 Jahren steht, ist zwar ein mit despatischer Gewalt ausgerüsteter Herrscher, aber in Wirklichkeit ist seine Macht sehr beschränkt, da ein großer Teil der Bevölkerung die Autorität des Sultans nicht anerkennt.

Für die europäische Schifffahrt und für Seetiefenoperationen hat Marocco, so schreibt unser Lübecker Parteiblatt, eine große Bedeutung. Denn es liegt am Eingang zum Mittelmeer und besitzt auch an der westlichen Küste Häfen, die zu Flottenstationen gemacht werden können. Vom Standpunkte der Seestrategie, d. h. mit Rücksicht auf einen zukünftigen Krieg um das Mittelmeer oder um den Atlantischen Ozean haben die Regierungen Englands, Deutschlands, Frankreichs und Spaniens ein großes Interesse an der Zukunft Marokkos.

Wirtschaftlich betrachtet, interessieren sich besonders die Kapitalisten Frankreichs und Deutschlands für die Entwicklung Marokkos, — für die Ausbeutung seines Bodens, seiner Mineralvorräte, seiner Arbeitskraft und seiner Staatsfinanzen.

Aber haben diese Mächte überhaupt ein Recht, über Marocco zu bestimmen?

Nur, das einzige Recht, das nach kapitalistischen Grundsätzen gilt, ist das Recht des Stärkeren. Wäre Marocco ein modern militärisches Reich, so würde es keine Gefahr für den Frieden bilden: die Mächte würden es respektieren. Da es aber schwach und doch begehrswert ist, so wollen es die Starken an sich reißen. Aber welche unter den starken Mächten hat das meiste "Recht" auf Marocco? Weil sie sich eine der um Marocco rivalisierenden Mächte stärker als die übrigen fühlen, so will sie ohne weiteres das stärkste "Recht" haben; allein das ist nicht der Fall. Deshalb müssen sie sich an gewisse Gebräuche und Regeln halten, die im internationalen Verkehr eingemessen bestimmt sind.

Frankreich besitzt Algerien, und diese Kolonie grenzt an Marocco. Grenznachbarschaft gibt gewisse Rechte einem schwachen Staat gegenüber, der bei sich nicht Ordnung halten kann und deshalb den Frieden des Nachbarn bedroht; dann ist Frankreich selbst so gelegen, daß es auf einen freien, sicherem Zugang zum Mittelmeer angewiesen ist; die Nord- und Südfahrten Frankreichs müssen imstande sein, sich im Augenblick der Gefahr zu vereinigen. Eine ähnliche Entwicklung würde für Deutschland maßgebend sein, wenn es sich nach Trier und Saarburg ausdehnen würde.

Spanien hat seit Jahrhunderten territoriale Rechte in Marocco. England ist durch seinen Besitz Gibraltars, Maltes und Ägyptens eine Mittelmeermacht.

Mit welchem Rechte nimmt sich aber Deutschland in die marokkanischen Wuren? Deutschland hat dort ein rein diplomatisches Recht, das aus dem Jahre 1880 stammt. In jenem Jahre fand, wie unsere Leser wissen, in Madrid eine internationale Konferenz über Marocco statt, auf der es zu einem Abkommen zwischen dem Kaiser desjenigen Sultans und den verschiedensten globalisierten Mächten kam, wonach diesen unter anderen Rechten auch das der wirtschaftlichsten Nation eingeräumt wurde. Unter diesen Mächten befand sich auch Deutschland.

Seit dem Madrider Abkommen hat sich indes vieles geändert. Die marokkanische Regierung wurde immer schwächer und demgemäß die marokkanisch-saarländische Grenze unsicherer. Dann verlor Spanien an Macht, während Frankreich im Mittelmeer stärker, ja sehr stark wurde und nur noch in England einen Konkurrenten fand. Deutsch-

land stand lange abseits und sah mit Vergnügen dem wachsenden englisch-französischen Einfluss im Mittelmeer zu. Aber in den letzten Jahren trat in Deutschlands Politik ein volliger Umsturz ein: aus einer rein festländischen-europäischen wurde sie in wachsendem Maße eine maritime und wirtschaftliche.

Die Wirkung aller dieser Ereignisse war folgende: Frankreichs Machtbewußtsein nahm zu und es begann wiederum an Elsaß-Lothringen zu denken; England und Deutschland traten in einen Gegensatz zu einander. Die Folg: war eine englisch-französische Entente, die nach der ganzen Sache nur Vorsorge in Deutschland erwecken mußte um so mehr, als Russland der Verbündete Frankreichs ist, und Österreich und Italien aus verschiedenen Gründen Deutschland nicht bestehen können.

Die englisch-französische Entente fand bekanntlich ihren Ausdruck im Abkommen vom 8 April 1904 das auch Marocco einschloß. Im Artikel 2 wird da gesagt:

Die Regierung der französischen Republik erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand in Marocco zu ändern. Die Regierung Sr. Britischen Majestät erkennt ihrerseits an, daß es Frankreich, namentlich als der Macht, die auf einer weiteren Strecke Marokkos Grenzbar ist, zu kommt über die Ruhe in diesem Lande zu wachen und ihm seinen Bestand für alle administrativen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Reformen zu leihen, deren es bedarf. Die britische Regierung erklärt, daß sie die Union Frankreichs zu diesem Zweck nicht hemmen wird, unter dem Vorbehalt, daß diese Aktion die Rechte unberührt läßt, welche Kraft der Verträge, Abkommen und Gebräuche Großbritanniens in Marocco genießt.

In den übrigen Artikeln wurde Handelsfreiheit und gleiche Besteuerung auf 30 Jahre garantiert; die Befestigung gewisser Städte an der Nordküste verboten; die Reiche Spaniens anerkannt und sich gegenseitige diplomatische Hilfe bei der Durchführung dieses Abkommens versprochen.

Sechs Monate später wurde zwischen Frankreich und Spanien ein Abkommen über Marocco abgeschlossen, so daß die am weitesten interessierten Mächte zu einem Ausgleich über diese Frage gelangten waren. Andere Mächte kamen nicht in Betracht, da sie dort nur Handelsrechte besitzen und diese Rechte auf ein Menschenalter häusig garantiert wurden. Und in der Tat geben sich diese mit der englisch-französisch-spanischen Abmachung zusätzliche! Proteste wurden nirgends erhoben.

Ende Januar 1905 — also vor genau einem Jahre — legte der französische Vertreter Sait-Sene-Tallardier in Fes eine Reihe von Reformvorschlägen dem Ministerium (marokkanischen Ministerium) vor, darunter solche, die die Steuerorganisation des Kreises und der Finanzen betrafen. Während diese Unterhandlungen im Gange waren, ließ die deutsche Regierung dem Sultan sagen, daß sie über das englisch-französische Abkommen nicht bestagt wurde und deshalb gewillt sei, ihm in seinem Widerstand gegen die französischen Reformen beizustehen. Am 31. März kam dann der Besuch Wilhelms II. in Tanger — als Unterpfand der deutschen Hilfe, und im April reiste Graf Tattenbach, der deutsche Vertreter in Portugal, nach Fes, um den Rücken des Machten zu steifen, während England und Spanien besondere Gesandtschaften nach Fes schickten, um Frankreich zu unterstützen. Ende Mai verwarf der Sultan die Reformvorschläge Frankreichs und verlangte die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung der marokkanischen Frage. Der französische Minister des Außen, Delcasse, wollte auf diesen von Deutschland akzeptieren Geboten nicht eingehen und Ausruf Juni schien es, als ob Europa vor dem Ausbruch eines Krieges stand. Delcasse wurde von England unterstützt, aber das französische Kabinett entschied gegen Delcasse. Dieser trat von seinem Amt zurück; Nouvion übernahm sodann das Ministerium des Neuen und gab seine Zustimmung zu dem Vorschlag des Sultans. Es setzte sich deshalb mit der deutschen Regierung in Verbindung, um

über die allgemeinen Grundsätze der einzubeginnenden Konferenz ins Klare zu kommen. Diese Unterhandlungen, von deren Ausgang die Beteiligung Frankreichs an der internationalen Konferenz abhing, haben sich monatelang hingezogen und wurden noch dadurch erschwert, daß irgendwelche deutsche Kapitalisten mit dem Sultan einen Vertrag abschlossen, wonach sie ihm zehn Millionen Mark leihen gegen eine Konzession an eine deutsche Firma, eine Mole im Hafen von Tanger bauen zu dürfen. Frankreich behauptete, diese Konzession schon früher erhalten zu haben. Dann war man in Paris darüber erblüht, daß Deutschland die Zeit der Unterhandlungen benutzt, um hinter dem Rücken Frankreichs mit dem Sultan ein solches Geschäft abzuschließen, das in das Wesen der ganzen marokkanischen Frage so tief eindringt.

Es ist sicher, doch es während dieser Marocco-Affäre zweimal zu ersten Reaktionen kam. Die unmittelbaren Ursachen des Konflikts waren zwar sehr armelig. Über hinter der Marocco-Affäre befindet sich eine ganz neue europäische Machtsgruppierung, die Deutschland sehr ungünstig ist und die — aus Sicht des öffentlichen Zusammenbruchs des Balkans — doch nicht so gefährlich ist, daß sie nicht durch rechtzeitig angewandte Gewalt verhindert werden könnte.

Dieses, die Komplikation wurde vorläufig befehligt, indem zwischen Frankreich und Deutschland vereinbart wurde, die französischen Kapitalisten an der marokkanischen Unselbstständigkeit zu lassen und die französischen Prioritätsansprüche auf die Konzession im Hafen von Tanger zu unterstützen. Ebenso erkannte die deutsche Regierung im Prinzip an, daß Frankreich infolge seiner Grenznachbarschaft spezielle Interessen an der Ostgrenze Marokkos habe, und daß in Marocco Reformen richtig seien, wofür die französische Regierung die Integrität Marokkos, die Unabhängigkeit des Sultans und die "offene Tür" anerkannte.

Die Konferenz in Algiers ist über finanzielle und militärische Formulare zu beraten haben, die folgende Bindungen erfüllen müssen: 1. Herstellung der öffentlichen Ordnung; 2. Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Marokkos; 3. Erhaltung des vorherrschenden Einflusses von Frankreich im östlichen Teile Marokkos.

Inzwischen rütteln Frankreich, Deutschland und England, da man dies Freuden nicht traut.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des "Lübecker Volksbote".

Berlin, den 1. Februar 1906.

33. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Um Bundesstaatlich: Graf Borsodowski.

Auf der Tagesordnung steht der Beginn der zweiten Sitzung des Etats, und zwar zunächst des Etats des Reichstages.

Erzberger (S.) wünscht ein General-Sachregister für die im Reichstage seit 1867 verhandelten Materien.

Singer (SD) fordert eine Erhöhung der Gehälter der Hilfsangehörigen im Reichstage. Nach Schluss der Session würden eine große Anzahl von ihnen entlassen, ohne daß ihnen irgend welche Vergütung für den Sommer gezahlt werde. Ferner beantragen meine politischen Freunde, daß allen Reichstagsabgeordneten das Reichsgesetzblatt zugestellt werde. Wir sind in der eigentümlichen Lage, daß wir die Gesetze machen, sie aber nachher nicht zugestellt erhalten. Im Reichstage dürfen tatsächlich nur Reden des Kaisers kritisiert werden, wenn sie im Reichsanzeiger stehen. Schon darum bedürfen wir der unentbehrlichen Zustellung des Reichsanzeigers. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Soa.) Die Drucksachen sollten den Abgeordneten auch nach Schluss der Session unentbehrlich zugestellt werden, mindestens immer dann, wenn sie sich in größerer Menge angehäuft haben. Auch die paar Pfennige Beitragsgeld kommt es ja nicht an, aber es ist doch zu kleinlich, daß, wenn überhaupt einmal die Portofreiheit anerkannt ist, von den Reichstagsabgeordneten noch Beitragsgeld erhoben wird. (Sehr wahr! bei den Soa)

Dr. Müller-Sagan (FBP): Die Geschäftsführung

Von allen Herrlichkeiten des Gartens war nur eine einzelne C der noch übrig, die in der Mitte des mächtigen Bierdes stand und augencheinlich von hohem Alter; einer Überlebenszeit zu folgende war sie viel älter, als die ältesten Mauern der Abtei. Um das Gartenbierde herum befand sich das Refektorium, die Küche und die Bibliothek und darüber die Bellen und die Schlafräume der Mönche. Eine verfallene Treppe, nicht ohne Gefahr zu ersteigen, führte zu dieser dachlosen Zimmern.

Egremont trat auf mit den Herrlichkeiten, trug kein Gedanken, die Treppe hinauf zu steigen, so daß er bald einen Park erreicht hatte, von wo aus er den Garten überblicken konnte, während weiter voraus das Kloster der Mönche ausspannte, an welches ein mit dem Klostergarten zusammenhängender Rückhof sich anschloß.

Es war einer jener Sommertage, die so still sind, daß man glaubt, es sei ein Ferientag der Natur. Der trüge Wind schläfe in irgend einer lassigen Grotte, und die Sonnenstrahlen ruhen aus auf den warmen Hügeln. Der Fluß wälzte langsam seine träumerischen Fluten; es war keine Bewegung im Gras, kein Rauschen in den Bäumen, kein Hauch, das sich regte.

Ein so tiefer Schweigen kündete dieser feierlichen Ruinen ruhte das Gefühl vollkommenster Einmaligkeit geben und Egremont war in der Stimmung für diese Einmaligkeit. Die wenigen Worte, welche er mit dem Farmer und dem Ackermann gewechselt, hatten ihn nachdenkend gemacht. Warum war England nicht mehr das Land, das es in seiner leichten Jugend gewesen war? Warum waren jetzt schlechte Zeiten für die Armen? Es stand über den Ruinen, die, wie der Farmer gesagt, manchen Wechsel erlebt hatten, — Wechsel des Glaubens, Wechsel der Herrschaft, Wechsel der Gesetze und der Sitten. Neue Beschäftigungen, neue Berufe, neue Klassen von Menschen waren im Lande erwachsen, neue Quellen des Reichtums hatten sich eröffnet, neue Ansprüche der Macht, zu welcher

Shil.

Sozial-politischer Roman von Israel.

Übersetzung von Natalie Viebner.

2. Fortsetzung.

Über eine Fläche von zehn Acre breiteten sich die Trümmer der großen Abtei, die sämlich von der vergangenen Größe und Herrlichkeit zeugten. Da standen noch die Grundmauern der Wohnung des Abtes, und neben moosbewachsenen Grab- und Denkmälern war das geräumige Hospital noch in seinen Umrissen zu erkennen. Der Name Hospital bezeichnete damals nicht die Wohnung von Krankheiten und Armut, sondern jene Stätte, wo alle Pilger der Christenheit ausgestellt wurden, — wo der Reisende, vom Baron bis zum armen Pilger, Schutz und Hilfe nie umsonst fand, und wo an dem Tor, genannt das Portal der Armen, die Bäuerin des Abteiguts, wenn sie es möglicht hatten, jeden Morgen und Abend sich Kleidung und Nahrung zu holen berechnigt waren. Über innen dieser Masse von Ruinen, und eine Fläche von mehr als zwei Acre bedeckend, von einer Festigkeit, die der Zeit getrotzt, und von einer Schönheit, welche der Zerstörungswut der Menschen fast geboten hatte, erhob sich, wenn auch nicht mehr vollständig, so doch in bewundernswerter Form, eines der edelsten Werke geistlicher Baukunst — die Abtei. Des Himmels Wölbung war jetzt ihr einziges Dach und alles, was die heimliche Größe ihrer Wölbung, die noch nicht ganz verwüstete Feindschaft der kunstvollen Bildhauerarbeit.

Von dem Westenfenster, das auf die mit Marmor- und Alabastersteinen geschmückte Kapelle der heiligen Jungfrau blickte, wanderte das Auge durch das Schiff der Kirche zu dem großen Ostenfenster, ungesägt dreihundert Fuß weit durch eine wundervolle Halle von unerschöpften Mauern und Säulen, die zum Himmel emporstrebten. An beiden Seiten

der Marienkappe erhob sich ein Turm; der eine sehr alt und in dem sogenannten normanischen Stil erbaut, niedrig, sehr massiv, und direkt übertragen nicht viel die Höhe der westlichen Front; der andere Turm hatte einen sehr verschieden Charakter. Er war schmal und leicht, im relativsten, anmutigsten gotischen Stil. Die Steine, aus denen er gebaut, waren von lebhaftem, ja glänzendem Farbe und so hell aus, als wenn sie erst gestern gehauen worden wären. Zu erstaunt glaubt man, die Spalte sei beschädigt, aber in Wahrheit war sie unvollendet geblieben, denn die Arbeiter bauten gerade an diesem Turm, als die alte Baudirektion sonst im Auftrage des Königs erlaubt, um die Verwaltung des Klosters zu untersuchen. Die Abtei liebte es, ihre Amtszeit durch irgend ein öffentliches Werk zu bereichern, welches die Schönheit ihrer Bauten und das Wohlbedürfnis ihrer Untergesetzten vermehrte sollte. Und der leiste der geistlichen Herren von Marmoy ein Mann von jedem Geschmack, ein Kunstsinn und vorgänglicher Architekt, erbaut, gerade für seinen Bruder diesen neuen Glockenturm, als das strenge Gesetz erlassen wurde, daß die Glocken nicht mehr läuten sollten. Und der Bogen sang auf die Jungfrau Maria sollte nicht mehr in der Kapelle erklingen, die Wölkerzen auf dem Hochaltar nicht mehr angezündet, das Tor der Armen für immer geschlossen werden und der Wanderer keine Heimstätte mehr finden.

Das Innere der Kirche war an vielen Teilen mit Gemälde überwachsen und überall wucherte Unrat.

Es war ein schwüler Tag gewesen, die Glut der Sonne erhitzte noch die Luft. Einige Stufen, mehr Kühlung suchend als Nahrung, waren durch Maximaldecken eingeschlüpft und lagerten im Schatten des Kirchenschiffs. Diese Entzweiung eines Ortes, der einsig heilig gewesen und immer noch so schick und weitherrlich war, verlebte Egremont's Gefühl. Er wanderte sich weg und folgte einem Grab, der ihn nach wenigen Schritten in den Klostergarten führte.

der Reichstagsverwaltung ist im allgemeinen mühsam. (Lebh. Zustimmung.) An Wünschen möchte ich besonders hervorheben die Anlage von Ferndrucken in diesem hohen Hause, die uns eine rasche Kenntnis aller neuen Ereignisse im In- und Ausland verschaffen würden, und die Aushängung von kurzgefaßten Sitzungsberichten gleich während der Sitzung, damit wir die unverständlichen Neben-, wie die des Reichsschultheiters Erbprinz von Stengel, daraus entnehmen könnten.

Dr. Rennert (AB) sagt über das schlechte Bild der Reichstagsrestauration und über das häßliche Bild der Wartburg im Belegzimmer.

Reichsritter (FDP) freut sich darüber, daß alle Reichstagsabgeordneten die Wünsche ihrer Kollegen unterstützen haben. Eine solche Einmütigkeit schafft eine hochfreudliche Debatte. — Nedner tritt dann für Besserstellung der Stereogrammen ein.

Graf Ortolan (NL): Warum hat das preußische Abgeordnetenhaus einen Präsidenten und wir nicht?

Präsident Graf Ballerup: Die nach den verschiedenen Richtungen gegebenen Anregungen werden ich gewiß sehr aufmerksam prüfen. Natürlich kann ich nicht alles gleich aus dem Armel schütteln, aber ich will es erwägen. Den sehr pflichttreuen und sehr tüchtigen Beamten des Reichstages lasse ich alles automatisch, was nur irgend in meinen Kräften steht. Die Ausführung eines General-Sachregisters würde wohl sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Ob alle Reichstagsabgeordneten das Reichsgesetzblatt und den Reichsanzeiger zugestellt würden, weiß ich nicht. (Lebh. Rufe rechts: Nein!) Ich sehe auch verschiedene Herren, die nur mit Schreden daran denken, daß man ihnen alle Aktenstücke ins Haus schicken könnte. (Heiterkeit.) Schließlich muß mancher auch auf die befürchteten Wohnungsvorhängen Rücksicht nehmen. (Heiterkeit.) Von der Einrichtung eines Ferndruckens habe ich in der Rede des Abg. Dr. Müller-Sagan zum ersten Male etwas gehörte. (Heiterkeit.) Ich wußte bisher garnicht davon, und ich möchte doch nun fragen, was das eigentlich für ein Ding ist. (Große Heiterkeit.) Für die künftige Ausbildung des Reichstages trage ich ja nicht allein die Verantwortung, sondern auch die Kommission, die Sie künftig eingesetzt haben. Aber es geht mit der Ausbildung ähnlich wie mit der Restauration: Dem einen schmeckt das Essen und dem andern nicht. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Der Entwurf des Reichstages wird genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes für das Reichsamt des Innern. (Titel: Gehalt des Staatssekretärs.)

Trimborn (B): Der russisch-japanische Krieg hat uns als ernste Lehre die von der Wichtigkeit gejährt innerer Zustände gegeben. Darin liegt die große nationale Bedeutung der Freiheit und des kulturellen Fortschrittes. Ich befand mich neulich im Zustande des halb Wachens und halb Träumens. — Das kann ja vor kommen. — Da schließen sich vor meinem Geiste die Staatssekretäre über die Bedeutung ihres Rechts. Aber schließlich rieben sie einmütig: (Zum Grafen Posadowsky gewandt.) Graf im Bart, Ihr seid der Reichsführer! (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Dabei muß ich aber doch sagen, daß das Jahr 1905 sozialpolitisch noch unfruchtbare war, als das Jahr 1904. Nur zwei kleine Bundesratsverordnungen für die Sicherung der Gesundheit der Bleiarbeiter sind ergangen. Vor allem muß etwas für die Heimarbeiter geschehen. Die höchst dankenswerte Ausstellung der Heimarbeit ruft jedem zu: Es ist die höchste Zeit. Ich frage ausdrücklich den Herrn Staatssekretär, warum hier noch immer nichts geschehen ist. Dringend notwendig ist ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefünde. (Beifall links.) Und weiter sage ich ihm: In welchem Stadium befindet sich die Frage der Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungen? Keine Frage ist reifer für eine großzügige Gesetzgebung, als die des zehnstündigen Arbeitstages für die Arbeiterinnen. Alle Parteien mit Ausnahme der Rechten haben sich hierüber zu einem Initiativ-Antrage vereinigt; auch der Bündestand der Textil-Industriellen gegen den Behnstdentag der Arbeiterinnen hat nachgelassen. — Dringend erforderlich ist weiter die reichsgesetzliche Regelung des sozialpolitischen Schutzes für die Bauarbeiter und Binnenschiffer. Wie steht das Reichsamt des Innern jetzt zu den Arbeitslamartern? Hoffentlich hat es sich nicht durch die Bedenken aus Arbeitgeberkreisen beeinflussen lassen. Wir werden uns auch entschließen müssen, für die rechtliche Sicherung der Tarifverträge zu sorgen. (Ruf b. d. Soz.: Zukunftsmusik!) Gewiß, aber ich sehe keine so kolossale Zukunftsmusik wie Ihren Zukunftstaat. (Heiterkeit. i. Zentrum.) — Nedner bedauert, daß die Thronrede kein Wort vom Schutze des Mittelstandes enthält. Ganz reif zur Entscheidung ist die Frage des kleinen Befähigungsnachweises, das heißt, daß die Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk nur von Meistern vorgenommen werden darf, die die Meisterprüfung abgelegt haben. Eingetragene sollte endlich werden gegen die Missbräuche im Ausverkaufswesen, gegen die

Konkurrenz der Gefängnisarbeit und gegen die Nötigung der Schreibbeamten der Anwalte. Möge das Jahr 1906 für die Sozialpolitik segensreich und ertragreich sein. (Bravo! i. Zentrum.)

Fischer-Berlin (SD): Der Abg. Trimborn kann natürlich nur in einem Zustand zwischen Wachen und Träumen den Staatssekretär des Innern an der Spitze sämtlicher Staatssekretäre gesehen haben. Nur sollte er niemals Angriffe gegen uns richten, wenn wir seine sozialpolitischen Errungenschaften nicht mitmachen. Das Zentrum will also endlich in unsere Anträge für Heimarbeitergeschäft hineinmarschieren. Bisher verlangte es leider stets, daß die Gesetzgebung vor dem Heim still stehe mitsie. Geradezu schlafrunken optimistisch war der Abg. Trimborn auch heute während seiner Rede in seinen Erwartungen für die demokratischen müßigen Fortschritte der sozialen Gesetzgebung. Abgesehen davon, daß das Zentrum selbst sich teilweise dem Ausbau des statistischen Amtes zu einem Arbeitsamt wie der Regelung der Bergarbeiterverhältnisse durch die Reichsgesetzgebung widerseht hat, ist für die legige Situation in der Sozialpolitik, das — ausgesprochene oder unausgesprochene — Wort kennzeichnen, daß die Komponentenschlüssel der Arbeiter gestellt sei. Sagt doch selbst die „Soziale Praxis“ des Professors Grunke, daß die legige Regierung wohl sette Worte, aber nur magere Taten für die Arbeiter gehabt habe. Ebenso meinen die „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß Millionen von Arbeitern von dem Ertrag des wirtschaftlichen Aufschwunges gar nichts verspielt hätten. (Hört! hört! und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sehr treffend charakterisiert dasselbe blätterliche Blatt unsere Sozialreform als Brotsamen, die vom Erde der Meisten fallen. Über zu Seiten niedergeschender Geschäftskonjunktur äußerte sich Herr Trimborn oder Herr Hildebrand, daß sie die Arbeiter unmöglich eine weitere Belastung der Unternehmer verlangen können. (Abg. Hildebrand: Das habe ich nicht gesagt!) Abg. Trimborn: Ich erst recht nicht! (Sturm. Heiterkeit.) Dem Sinne nach doch. Ich will übrigens damit nur darauf hinweisen, daß auch in den wirtschaftlich günstigen Zeiten nichts für die Arbeiter geschieht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Über hier im Reichstag hat der preußische Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben gesagt, daß keine bestehende Klasse der Erde solche Lasten wie die Arbeiter trage, wie die deutschen Unternehmer in den Versicherungsbeiträgen. Dass für die Arbeiter heute nichts getan wird, hat ja der Staatssekretär selbst zugegeben, indem er erklärt hat, alle diese Beiträge würden einschließlich des Unternehmergevinnes in den Produkten wieder zurückgestattet. (Hört! hört! b. d. Soz.) Daraus könnte man sogar folgern, daß je höher die Versicherungsbeiträge, desto höher der Profit ist. Aber selbst wenn man sich auf den Wohltätigkeitsstandpunkt des Finanzministers stellt, so muss man doch augestehen — Nedner legt dies in eingehenden Berechnungen dar — daß die, die an den Zielen der Reichen sitzen, besonders angesichts der höheren Löhne und der längeren Arbeitszeit in England und Amerika keine Veranlassung haben, den armen Arbeitern unaufhörlich das Almosen von täglich 5½—6 Pf. pro Kopf vorzuhalten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Finanzminister pries laut als Vorbild der liberalen deutschen Steuergesetzgebung, daß 490 Millionen direkter Steuern in Preußen von 4,5 Proz. der Bevölkerung aufgebracht wären und 96 Proz. derselben fast gänzlich steuerfrei seien. Nicht weniger als 70 Proz. der 700 Millionen direkter Steuern überhaupt in Preußen würden von den Reichen und Reichen ausgebracht. Hätte der Finanzminister nur ein bisschen Sinn und Verständnis für die sozialen Aufgaben seines Amtes, so würde er es nicht als ein Vorbild Preußens, sondern als ein Nationalunglück ansehen, daß 96 Proz. des preußischen Volkes nicht einmal das Minimum steuerpflichtigen Einkommens von 900 Mtl. erreichen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) und sehen wir uns doch einmal diekehrseite des Bildes an! Die Reichen der Reichen bringen in Preußen 470 Millionen, die Armen und Armen 580 Millionen an indirekten Steuern auf. Hat darum es noch keine bestehende Klasse der Welt an Opferwilligkeit der Preußens gleichgetan? (Sehr gut! b. d. Soz.) Es wird behauptet, die radikalsten Führer der Sozialdemokratie seien Gegner dieser Gesetzgebungen. Ich kann keinen Anspruch darauf machen, ein besonders radikaler Führer der Sozialdemokratie zu sein. Deshalb wird mein Anspruch wohl als objektiv gelten können, wenn ich sage: Es gibt in unserer ganzen großen Partei keine einzige Menschenseele, die gegen die Ausgestaltung der Sozialpolitik ist. (Beifall b. d. Soz.) Aber wir lassen uns natürlich nicht mit leeren Versprechungen und schalen Wassersuppen abspeisen. Immer wieder muß es gesagt werden, daß wir das eigentlich treibende Moment in der Sozialpolitik sind. Als Beispielweise in den 80er Jahren die Versicherungsgesetze beraten wurden, erklärte sich Herr v. Marschall von den Konser-vativen gegen diese Art der Regelung staatlicher Armengesetzgebung. Ganz ähnlich äußerte sich Frhr. v. Herling, und den Vogel schossen selbstverständlich die Nationallibe-

ralen ab. Dagegen hat Genosse Bebel einige Jahre vorher die gesamten Grundlagen der späteren Versicherungsgesetzgebung entworfen, so daß man sich fragen kann, warum er nicht eine Stelle als vorrangiger Rat im Reichsamt des Innern bekommen hat. (Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) Die meisten anderen Länder haben den Normal-Arbeitstag, selbst Russland und Österreich sind uns voran. Alle Schlußbestimmungen beziehen nur auf dem Papier, wann es den Arbeitern nicht möglich ist, ihre Durchführung zu überwachen. Alle Gewerbeinspektoren sind, solange sie frei sprechen dürfen, darin einig, daß die Unternehmer überaus schwer dazu zu bringen sind, die gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. Den Wert der Tarifverträge könnte man am besten dadurch erhöhen, daß man sie in die Arbeitsordnung aufnimmt. Wie Frhr. v. Rheinbaben den Streit bei den Elektrofirmen frivol nennen kann, verstehe ich garnicht, frivol war nur die Aussperrung der 16 000 Arbeiter. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die ganze Berichterstattung der Gewerbeinspektoren zeigt, was dabei heraus kommt, wenn die Gewerbeinspektoren sich nicht mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen. Noch schlimmer als Frhr. v. Rheinbaben hat Herr Möller sich ausgesprochen, der erwidert darüber war, daß die Arbeiter jetzt täglich Fleisch essen wollten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn es je einen Mann gegeben hat, der jeden sozialen Empfindens bar war, so ist es Herr Möller, wie er durch diese brutale Neuherung gezeigt hat. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Pauli-Potsdam (R): Alle sozialpolitischen Maßnahmen müssen zu einem einheitlichen Gesetz gefügt werden. Jede andere Änderung seien meine politischen Freunde als Störfaktor an. Bei einer solchen fundamentalen Änderung muß auch dafür gesorgt werden, daß der Mittelstand nicht wieder die Kosten trägt. Für den Befähigungsnachweis kann ich, nachdem er von den Handwerkskammern, den geleglichen Organisationen des Handwerks abgelehnt ist, jetzt nicht mehr eintreten. Dagegen bin ich für obligatorische Gefallenprüfung und Ausgestaltung des § 121 der Gewerbeordnung zum Jogen. kleinen Befähigungsnachweis. (Beifall rechts.)

Die weitere Beratung wird auf Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Schluss 6½ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerbeleben. Die Berliner Fleischausleger stehen in einer Lohnbewegung. — Die in der Musterkonsellation tätigen Schneider und Schneiderinnen Berlin sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Die Seidenstoffweber in Ulster (Montgomeryshire) beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Den Wechsel bewirkte der Fabrikant Siegrist mit der Massenentlassung von organisierten Arbeitern und Arbeitserinnen, namentlich den italienischen, die fast alle organisiert sind. — Die Arbeiter der Mittleranstalten des Kantons Bern freuen Arbeitszeitverkürzung, Lohnabschöpfung und Tarifvertrag an. — Die Handels- und Bureauangestellten in Bern stehen in lebhafter Bewegung für Arbeitszeitverkürzung und 7½ Uhr-Badenschluß. — In St. Gallen stehen die Bauarbeiter in einer Lohnbewegung für Arbeitszeitverkürzung, Minimallöhne und Tarifverträge. — Der Betrieb der Whitehead'schen Torpedofabrik in Flims mußte wegen des Streiks eingestellt werden.

Zu schweren Auseinandersetzungen Arbeitewilliger kam es dieser Tage vor der Österreichischen Feier in Innsbruck, in welcher seit einiger Zeit die Form erstritten. Die Schärmscher Presse läuft natürlich, die Streikenden hätten Exesse begangen. Das nationalliberale „Österreichische Tageblatt“, jedoch eine gewiß unverdächtige Quelle, berichtet unter dem 30. Januar: Gestern wiederholten sich Streitigkeiten zwischen den Arbeitewilligen der Fabrik und einer Urzahl Personen, die sich anscheinend einige ausständigen Formen angegeschlossen hatten. Vor dem Fabrik-eingange an der Buerger Straße hatte sich eine bedeutende Menschenmenge angegammelt, als plötzlich die mit Revolvern bewaffneten Arbeitewilligen von ihren Waffen Gebrauch machten und mehrmals schossen. Zwei aufscheinerd und beteiligte Personen, Passanten der Buerger Straße, wurden getroffen: der Gasmeister L. vom Eisen- und Stahlwerk erhielt einen Streuschuß am Auge, ein Maurer einen Schuß ins Handgelenk. Außerdem wurde Fabrikant Dittmann jun. durch einen Schuß am Arm verletzt. Ein starkes Polizeiaufgebot stellte schließlich die Ordnung wieder her und verhaftete eine Reihe beteiligter Personen.

Grade, dem Grade gehöhrt. Das Schöffengericht

sich; die Nase wohlig formt, der Mund energisch, mit weichen Zahnen, die Augen hell und grau, zu der ganzen Erscheinung passend. Sein kräftiges Mannesalter, — denn er war den Bierzügern näher als den Fünfzigern — war besser im Einklang mit seiner athletischen Gestalt, als die weichere und anmutigere Zeit der Jugend es gewesen wäre.

Er reckte seine kräftigen Arme empor, und nach einem Ausruhe, der Müdigkeit beladen, und der das Schweigen unterbrochen hatte, sagte er seinem Gefährten, daß er sich im Schatten der Ecke des ansteigenden Gartens anstrengen wolle; und nachdem er seinen Freund noch eingeladen, ihm zu folgen, hob er den hingeworfenen Hut auf und entfernte sich.

Es war etwas in der Erscheinung des Mannes, das Egremont feststellte; er wartete, bis sich derselbe auf seinem Ruheplatz niedergelassen hatte, und ließ dann in den Klostergarten hinunter, entschlossen, den Fremden anzureden.

Viertes Kapitel.

„Sie lehnen sich an einen alten Baumstamm“, sagte Egremont, umgezogen auf den Fremden zugehend, der ohne ein Zischen der Überraschung zu ihm aufschaut und dann erwiderte: „Man sagt, es sei der Stamm, unter dessen Zweigen sich die Mönche zuerst niedergelassen, als sie kamen, um diesen Ort zu errichten. Er war so lange ihr Haus, bis sie aus dem Holz und den Steinen um sie herum durch ihre Arbeit und ihre Kunst die Abtei aufbauten! Und dann wurden sie daraus vertrieben und es ist so geworden. Die armen Leute! Die armen Leute!“

„Sie würden kaum ihren Ruheplatz verloren haben, hätten sie verdient, ihn zu behalten.“ sagte Egremont.

„Sie waren reich. Ich dachte, die Armut sei ein Verbrechen,“ erwiderte ruhig der Fremde.

„Über sie hatten andere Verbrechen begangen.“

„Es mag so sein, wie Menschen sind unvollkommen und schwach; aber die Geschichte dieser Mönche wurde von ihren Feinden geschrieben: Sie wurden, ohne gehört zu sein, verurteilt; das Volk hat sich oft zu ihren Gunsten erhoben; und ihr Eigentum wurde unter diejenigen verteilt, auf deren Berichte hin es verwirkt und weggenommen wurde.“

Unter allen Umständen war es eine Veränderung, die Leben in das Gemeinschaften brachte, — das Land ist in dem Besitz tätiger Menschen und nicht in dem Besitz von Drohnen.“

„Wer nicht arbeitet, ist eine Drohne,“ versetzte der Fremde, „ob er eine Witte oder eine Adelskone trägt, für mich ist das gleich! irgend jemandem, denke ich, muß das Land gehören, obgleich ich sagen höre, dieser persönliche Besitz sei keine Notwendigkeit. Wie das auch sein mag, ich bin keiner, der den Grundherren (Landlord) verwerfen würde, vorausgesetzt, daß er ein anständiger ist. Alle stimmen darin überein, daß die Klosterbrüder gute Landlords waren; der Bäckzins war gering und sie gewährten Nachbarverträge auf lange Zeitdauer. Die Bäcker konnten ihre Verträge erneuern, noch ehe die Zeit abgelaufen war, sie waren also selbstständig und wohlabend. Sie waren freie Männer; das Land war nicht in zwei Klassen gespalten: in Herren und Sklaven. Es gab eine Witte, einen Maßstab zwischen Überfluss und Armut. Komfort (behagliches Wohlbeinden, Bequemlichkeit) war damals noch eine englische Sitte und nicht blos ein englisches Wort.“

„Und glauben Sie wirklich, daß sie bessere Herren waren, als die jetzigen?“ fragte Egremont.

(Fortsetzung folgt.)

notwendigerweise der Reichstum führte, hatten sich herausgebildet. Sein eigenes Haus, sein eigener Mann vor emporgewuchert auf den Kreuzmännern der alten Gesellschaft, deren einstige Pracht und Stärke ihm in seiner nächsten Umgebung entgegentrat. Und jetzt war sein eigener Stab bedroht. Und dem Volle, den Millionen der Arbeit, auf deren unbewußter Kraft während dieser wechselseitigen Jahrhunderte alles beruht, welchen Wechsel, welche Veränderung halten diese Jahrhunderte ihren gebracht? Waren sie in gleichem Maße vorgeschritten wie ihre Herrscher, die, obgleich nur wenig zahm, doch die Kelchräumer der Welt zusammengehalten und sich rührten, sie seien die erste der Nationen, die wichtigste, die reichste, die aufgelisten, die stolzeste und die frömmste? Gab es zu den Seiten der Abtheilungen auch Leute, welche die Kornthöher aufsuchten? Und wenn nicht, warum nicht? Und warum werden die Kornthöher der Grafen von Marnh zu zerstört und die der Abtei von Marbach gehörten? —

Während er über diese Fragen nachdachte, vernahm er plötzlich Stimmen, und, sich umzusehnen, gewobte er auf dem Kirchhof zwei Männer; einer stand vor einem Grabmal,

welches der andere genau zu bestimmen schien. Der erste war von hoher Gestalt, etliche roh nicht ärmlös gekleidet. Sein Haupthaar saß mit auf seine Lebensstellung schließen; er konnte ein Ganzhaar und er konnte ebenso gut ein Wildhäuter sein. Er trug einen dunklen Sammetanzug und lederne Gardeküten. Im Moment, wo Egremont ihn erblickte, war er einen breitflächiger Hut auf die Erde und zeigte ein lachendes, männliches Gesicht. Die Gesichtsfarbe wachte in der Freude die Röte der Gesundheit bei den haben, allein. Zeit und was sie mit sich bringt: Denken, Sorgen, in die Leidenschaften, hatten die Wangen gebleicht; das Feuer verbrennt so feurig, daß geworden, aber nicht grav, ließ sich noch über einer eklen Stirne; die Züge waren roh, wildig und

In Konstanz halte im September 1904 zehn Bausmeister wegen Vergebens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu je einem Tag Gefängnis verurteilt und die höheren Gerichte halten das Urteil in der Revision aufrecht erhalten. Wie die „Konstanzer Zeitung“ erfährt, hat nunmehr der Großherzog die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von je 40 Pf. umgewandelt. Der letzte Fall, dass Unternehmer bei demselben Vergehen verurteilt werden, das alljährlich zahllose Arbeiter ins Gefängnis bringt, und nicht etwa nur für je einen Tag, sondern auf Wochen und Monate, hat seinerzeit viel Besprechung gefunden und ist als Beweis für die Unparteilichkeit der Gerichte angesehen worden. Jetzt werden die Herren begnadigt und zahlen eine kleine Geldstrafe. In der Tat — Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten.

Ein neuer Manuskript für die Presse. Unser Düsseldorfer Parteiorgan, die „Volksgesetzung“, holte sich in dem Betriebe des Unternehmers Junck selbst durch verschiedene Notizen an die Offenheit gebracht. Diese Veröffentlichungen empfand Junck als Störungen in seinem Betriebe und nahm er die Gerichte gegen die „Volksgesetzung“ in Anspruch. Aber nicht, wie sonst die Unternehmer tun, den Strafrichter, um den verantwortlichen Redakteur ins Gefängnis zu bringen, nein, er verlangte von dem Strafgericht, dass dieses dem Verantwortlichen die Aufnahme weiterer Notizen untersagen solle. Die Belladona, so wurde in der Klage begründet ausgeführt, sei verpflichtet, die erfolgte Störung zu beseitigen und für die Folge derartige Störungen zu unterlassen. Es wurde um Publikationsbefreiung des Urteils ersucht, denn diese beantragte Veröffentlichung stelle die Beleidigung der Störung dar. Zur Begründung der Klage wurden die §§ 823 und 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches herangezogen. Die beklagte „Volksgesetzung“ wies in der Klagebeantwortung auf den Berichtigungsparagraphen des Preßgesetzes hin und nahm auch für sich den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen) in Anspruch. Es sei ein Unding, irgend wen die Behauptung bestimmter Dinge für eine unbegrenzte Zukunft verbieten zu wollen; zur Abwendung ehrenkraulender belebigernder Neuerungen sei der Strafrichter da. Doch die Belladonna des Düsseldorfer Landgerichts schloss sich im wesentlichen dem Antrage des Klägers an, sie kümmerte sich nicht darum, dass in den Notizen behaupteten Tatsachen zum Weltanfang größten Teile erwiesen waren. Die Gründe des Urteils sind folgende:

„Veröffentlichungen in der Presse unterliegen nicht lediglich den Bestimmungen des Preßgesetzes; letzteres beschäftigt sich bezüglich der Verantwortung für die Veröffentlichungen lediglich mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit; die Strafverfolgung wird nicht berührt, wie auch für die § 193 des Strafgesetzbuches nicht mögbar ist. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit richtet sich vielmehr nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Dieses schützt, wie § 824 ergibt, den Erwerb und das Fortkommen als ein besonderes der Rechtsverleihung zugängliches Rechtsamt. Eingriffe in die geschützten Rechtsgüter geben dem Geschädigten, auch wenn sie nur objektiv widerrechtlich sind, den Anspruch auf Beseitigung der Beleidigung und bei drohender weiterer Beleidigung auf Unterlassung.“ (Vergl. Entsch. d. Reichsger. „Jurist. Wochenschrift“ S. 140 Nr. 19). Bei schuldhaft verüfachten Eingriffen greifen §§ 823-824 des Bürgerlichen Gesetzbuches mit dem Anspruch auf Schadensatz durch den Eingriff bewirkten Schaden Platz. Bei Eingriffen durch die Presse ist § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches infolge des Absatzes dieses Paragraphen an sich nicht ausgeschlossen, indem für die Presse besondere berechtigte Interessen nicht bestehen. Die Beleidigung der Beleidigung sowie der Schadensatz — Wiederherstellung des früheren Zustandes — kann bei Eingriffen durch die Presse lediglich durch eine die Beleidigung wieder aufräumende Veröffentlichung erfolgen. Eine solche unterscheidet sich wesentlich von dem Beleidigungsverfahren des Preßgesetzes. Die Beleidigung ist eine einfache Erklärung des Geschädigten und es ist dem Redakteur nicht benommen, in derselben Nummer anzuführen, dass er trotz der Beleidigung für die Wahrheit der Behauptung noch einsicht. Bei der auf Klage ergehenden Verurteilung der Veröffentlichung einer die Beleidigung aufräumenden Erklärung ergibt sich dagegen eine rechtsschädige, endgültige bekräftigende Feststellung. Eine Verweisung auf das Beleidigungsverfahren ist daher nicht angängig. Die Klägerischen Anträge sind so im allgemeinen rechtlich zulässig. Dieselben sind aber auch tatsächlich begründet...

Nach der Beweiseherhebung stellt sich so der durch die Veröffentlichung erfolgte Eingriff zunächst als ein objektiv widerrechtlicher dar. Dass der Belladonna mit Kenntnis der Unwahrheit gehandelt, ist nicht erwiesen und auch nicht anzunehmen, wohl aber hätte er die Unwahrheit erkennen können und daher kennen müssen; an der Mittelung hatte auch keiner der Belladonna noch das Publizum ein berechtigtes Interesse. Dennoch greifen gegen den Belladonna sowohl die allgemeinen Bestimmungen bezüglich objektiv widerrechtlicher Beleidigungen wie auch die Bestimmungen des § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches Platz. Mit Rücksicht darauf, dass Belladonna bereits im Sommer gegen die Firma eine Veröffentlichung gebracht hatte, sowie mit Rücksicht auf die ganze Fassung des Artikels erscheinen weitere Beleidigungen nicht ausgeschlossen. Es ist deshalb auf Untersagung weiterer Beleidigungen zu erkennen. Die Veröffentlichung dieser Untersagung ergibt dann die Beseitigung der bisher erfolgten Beleidigung.“

Der angezogene § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat folgenden Wortlaut:

„Wer der Wahrheit zuwider eine Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Gewerb oder Fortkommen herbeizuführen, hat dem anderen den daraus entstehenden Schaden auch dann zu erzeigen, wenn er die Unwahrheit nicht kennt, aber kennen muss.“

Durch eine Mittelung, deren Unwahrheit dem Mittelnden unbekannt ist, wird dieser nicht zum Schadensatz verpflichtet, wenn er über der Empfänger der Mittelung an ihr ein berechtigtes Interesse hat.“

Das hat sich der Gezeuge nicht erkennen lassen, dass der Paragraph 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches dazu dienen sollte, gegebenenfalls das Preßgesetz

außer Ausr zu führen. Wird das Urteil von der höheren Instanz bestätigt, dann ist jede Rettung durch die Presse unmöglich. Die Presse darf dann nur noch das veröffentlichten, was ihr das Unternehmertum erlaubt; jede „Störung“ des Geschäftsbetriebes würde aber schwer gehend.

Zum Streit der Konfessionschreiber im Rheinland und Württemberg. Wie schon erwähnt, verlängern die freikirchlichen Konfessionschreiber, die meiste Hutmacher sind, eine Lohn erhöhung von 15 Pf. oz., eine Forderung, die bei den geradezu übärmlichen Lönen dieser Arbeiter, die dem Unternehmer auch noch Arbeitsschäume, Licht, Heizung, Arbeitsgeräte usw. bezahlen müssen, eine willkürlich bezeichnete genannt werden muss. Die am Montag im „Blitz“ in Mainz stattgefunden Versammlung war von über tausend Schreibern aus der näheren und ferneren Umgebung besucht, die durch dieses Versammlungseintritt ihren Mut erst rechtfertigten. Nachmittags zogen die Leute kompagniereise, mit großen Ballen beladen, zu den Konfessionären, um diesen die zugeschuldeten, angefangene und halbseitige Ware zu führen zu legen. Es war ein erheblicher Anblick, das Heer der Arbeiter so einziger marschierten zu sehen. Die Leute sind aufgewacht, sie wissen, dass sie an ihrer Organisation eine Stütze haben und dass sie nicht verlassen sind. — Aus dem Verbandsbureau in Frankfurt a. M. wird berichtet: Die Konfessionschreiber haben erkannt, dass sie zu den am schlechtest bezahlten Arbeiterkategorien gehören, und sie haben es seit länger um Hungerlöhn zu arbeiten. Weil ihnen jedes Entgegenkommen verteidigt und nicht einmal die kleinste Wohnlage gewählt wurde, sind sie in den Streik getreten. Über alles Geworten gross war die Zahl derer, welche sich als Streikende meldeten; mehr als 20 Landorte sind jetzt schon am Streik beteiligt, im Taunus, Odenwald und Spessart. Überall bringen die Arbeiter aus diesen Landorten die Arbeit unfehlbar zurück und sind entschlossen, so lange anzuharren, bis die Konfessionäre unsere Forderungen annehmen. Die Zahl der Streikenden hat bereits bei den vorerst in Betracht kommenden drei Frankfurter Geschäften annähernd 300 erreicht; diese Zahl vermehrt sich noch ständig. — In Worms ist der Streik ebenfalls in vollem Gange.

Die Frage der Ausstellung von Parteisekretären für Thüringen hat in einer am Sonntag stattgehabten Konferenz ihre Erledigung dahin gefunden, dass zwei Bezirke gebildet wurden. Der erste Bezirk umfasst die Wahlkreise Weimar I und II, Meiningen I und II und Sonnenhausen, eventuell auch Coburg. Der zweite Bezirk umfasst die Wahlkreise Altenburg, Meuselwitz, Reuß j. L., Reuß i. L., Weimar III und eventuell Schmölln/Balditzstadt. Für den ersten Bezirk wurde der Reichstagabgeordnete Genosse August Bandert Apolda, für den zweiten Bezirk Genosse Hermann Debsen-Jena gewählt.

Der Kölner Polizeipräsident bat gegen unser vorliegendes Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“, Strafantrag gestellt, weil er sich durch deren Artikel des Kölner Polizeiaufgebotes am roten Sonntag beleidigt fühlt. Genosse Dr. Erdmann ist bereits beim Untersuchungsrichter als Verantwortlicher vernommen worden. Der Polizeipräsident fühlt sich umso mehr gekränkt, als er glaubt, am 21. Januar nur das „Allernötigste“ getan zu haben.

Wie man Sozialdemokraten behandelt. Dem Vorw. wird geschrieben: Der Frau des Genossen Werner, Redakteurin der „Räumlichen Volksstimme“, ist endlich eine Unterredung mit ihrem Manne gestattet. Der Amtsrichter des Forster Gerichts, Schmidt, war darüber verwundert, dass die Presse die Vorenthalten einer Unterredung der Eheleute beprochen habe. Wir haben Grund anzunehmen, dass diese Verlegung des Rechtes des Angelogs noch an anderer Stelle öffentlich besprochen werden wird. Dies umso mehr, als auch nach anderer Richtung hin dem Genossen Werner der Weg zur Beseitigung der gegen ihn ohnezureichenden Grund verhängten Strafe erschwert ist. Gegen die Verhängung der Haft ist sofortige Beschwerde zulässig. Von diesem Beschwerderecht hat Genosse Werner sofort am Mittwoch Gebrauch gemacht. Die Beschwerde hätte sofort bei Landgericht Guben übermittelt werden müssen, spätestens aber vor Ablauf von drei Tagen — erst am Montag ist sie aber weiter befördert. Das ist eine klare Verleugnung des Strafrechts, als dessen Hüter doch wohl die Behördchen bestellt sind. Ist dem Justizminister bekannt, vor die Schulde an dieser offenkundigen Rechtsverleugnung trägt?

Wegen Beleidigung durch die Presse sind am 25. März v. J. vom Landgericht Freiberg i. S. der Schmid und Redakteur der in Hamburg erscheinenden „Schmiedezitung“, Centralorgan aller zum Schmiedegewerbe gehörenden Personen, Gustav Schreiber zu 40 Pf. und der Schmid August Hermann Schissner in Döbeln zu 75 Pf. Geldstrafe verurteilt. Beide Angeklagten waren darum zu tun, die Mitgliederzahl des Zentralverbandes zu vermehren. Der Artikel wendet sich besonders gegen den bei R. angestellten Meister N., der die Löhne festzuhalten und die Arbeiter anzunehmen und zu entlassen hat. In dem Artikel wird dieser als ein Despot bezeichnet, der die Löhne herunterdrückt und sie ganz willkürlich ansetzt. Gelaufen ist ein Kollege, diese Beziehungen zu rügen, so werde er entlassen. Das Gericht hat diese Behauptungen als nicht erwiesen angesehen und eine Beleidigung des Meisters N. festgestellt. — Die von beiden Angeklagten eingelegte Revision wurde am 30. Januar vom Reichsgerichte verworfen.

Aus Nah und Fern.

Von der sogenannten Sicherheitspolizei. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Halle a. S. wurde der Magistrat von dem Stadtverordneten Genosse Thiele wegen des Verhaltens der städtischen Polizei am Wahlergebnisse interpelliert. Thiele bezeichnete es als unerhört, dass die beiden Dampfsäulen nicht wie gewöhnlich auf sechs, sondern auf acht Automobilen Druck gespannt waren. Ein Wasserstrahl von dieser Behemmen hätte in kurzer Entfernung nicht nur Kinder, sondern sogar Erwachsene töten können. Die Polizisten mit den herab

gelassenen Schuppenketten sahen stürzerlich klaglosig aus, wirkten teils provokatorisch und riefen bei den Sozialdemokraten teils die grösste Heiterkeit hervor. Möglichen sich die Bürger der Stadt gefallen lassen, wie eine Parade von Dieben und Räubern behandelt zu werden? Der Leiter der Polizei, Oberpolizei-Befehlshaber Weh demann, ist nicht mehr zu halten. Da Hille ist auf dem Gebiete der Erkundungspolizei zu viel passiert. Er ist auch der Kommissar Sienang, der als ein fahrlässiger Beamter gilt, mit Weh demann in Differenzen geraten, und die Folge war, dass Sienang wurde plötzlich beurlaubt. Bürgermeister v. Hollen entgegnete, Thiele rede nur zum Fenster hinaus, um Partei-propaganda zu machen. Soviel ihm bekannt wäre, sei die Polizei am 21. Januar sehr ruhig, fahrlässig und sogar freundlich zu Werke gegangen. Im übrigen sei der Magistrat nicht kompetent, in der Sache etwas zu tun. Nach jener Sitzung wurde bekannt, dass für die Polizeimassnahmen zum 21. Januar Verabschiedung von Pistolen auch für die Polizisten nsw. „aus einem besonderten Fonds“ und tausend Mark bewilligt worden sind. Aus den Steuergroßen der Bürger werden Mittel genommen, damit diese Bürger bei Ausübung eines Rechtes nicht zu Boden geschlagen werden können. Etwa korrigisch. Bekanntlich hat das Polizeioberhaupt Weh demann auch jüngst vor Gericht unter Eid ausgesagt, er habe auf eine Anklage gegen Thiele die Polizei nicht geantwortet, weil ihm der Stadtverordnetenvorsteher Prof. Dittenberger zu verfehlt gegeben habe, er, W., möchte nicht antworten. Auf eine Frage Thieles erklärte heute Herr Dittenberger, er erinnere sich bis Worganges nicht mehr genau; er wisse aber auch nicht, wie er dazu gekommen sein sollte, sich einzig in solche Intrigen einzumischen. Herr Weh demann scheint demnach das Opfer einer opischen Täuschung gewesen zu sein.

Arbeiterrisiko. Der „Kassauer Post“ meldet: Zu dem Steinbruch bei Bollendorf im Urtale verunglückten am 30. Januar morgens durch herabfallendes Gestein drei Arbeiter. Zwei waren sofort tot. Einer ist lebensgefährlich verletzt worden.

Eine anständige Frau. Auf der Ullagebank des Landgerichts München I saß die Dienstbotenfrau Marie Wiesel wegen eines Vergebens der falschen Anschuldigung. Sie hatte ihrem Dienstmädchen, das zwei Jahre lang bei ihr in Stellung war, keine Invalidenmarken eingezahlt, und als das Mädchen schließlich den Platz wechselte, musste sich auf Gehalt des neuen Dienstherrn im Rathaus eine neue Karte ausspielen lassen, wobei die Unterlassungsfende der früheren Dienstherrin bemerkte und Frau Wiesel in Strafe genommen wurde. In der Meinung, ihr ehemaliges Dienstmädchen habe die Anzeige gemacht, schrieb Frau Wiesel an die Polizeidirektion einen anonymen Brief, in dem behauptet wurde, das Mädchen wohne unangemeldet bei einer gewissen Frau Witzel und treibe Unzucht. Die von der Polizei angestellten Recherchen ergaben die Unwohlheit dieser Behauptung und das Mädchen rückte den Verdacht dieser Anschuldigung sofort gegen ihre ehemalige „Gnädige“. Diese leugnete erst dem rechtherrenden Kriminalschwartzmann gegenüber, gab dann aber zu, den Brief geschrieben zu haben. Vor Gericht verteidigte sich Frau Wiesel in sehr hochtrabender Weise. Sie sei eine anständige Frau (anständige Frauen schreiben keine anonymen Briefe) und sie sei von dem, was sie geschrieben habe, überzeugt gewesen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Darauf entgegnete Frau Wiesel, dass sie eine Strafe überhaupt nicht annehme, sie sei eine anständige Frau, völlig unbeschuldigt nsw. Das Gericht sprach die anständige Frau unter Verhinderung der Kosten auf die Staatskasse frei mit der Begründung, dass in dem fraglichen Briefe die Beschuldigung der Gewerkschaft nicht direkt enthalten sei, im übrigen aber der Angeklagten das Beweisstein einer strafbaren Handlung fehle. Mit einem lieben Blicklinge gegen den Gerichtshof und einem verächtlichen höhnischen Grinsen gegen das Dienstmädchen verließ die anständige Frau Wiesel strahlend den Gerichtssaal.

Wie notwendig Monarchen sind, das zeigt gegenwärtig der Großherzog von Weimar. Es gedenkt eine längere Reise nach Indien zu machen. Während dieser Zeit wird das Staatsministerium mit der Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Der am 29. Januar wieder zusammentreffende Landtag wird ein diesbezügliches Dekret vorgelegt erhalten. Der Landtag wird diesmal nur ganz kurze Zeit tagen und nach der Rückkehr des Großherzogs nochmals zu einer Schlussitzung einberufen werden. — Also muss es im Goethelande eine ganze Weile ohne Regierungsgeschäfte, die ja zum wesentlichen Teil im Vertrien von sozialdemokratischen Versammlungen bestehen, können auch ohne Mitwirkung eines Herrschers von Gottessanden erledigt werden.

Vorsicht beim Telephonieren. Vom Düsseldorfer Schöffengericht wurde der Befehl einer Geschäftsfirma wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 20 Pf. Geldstrafe verurteilt. Der Benommene hatte am 16. Juni v. J. durch vorchristlichwidriges schnelles häusliches und unstillbarem Unerbittung der Kosten auf die Staatskasse zu entrichten. Der Artikel wendet sich besonders gegen den Anrufer des Amtes die Verleugnung einer Telegraphengehilfin verschuldet; die Gehilfin ist heute noch völlig dienstuntauglich. Der betreffenden Firma wurde seinerzeit der Fernsprechanschluss sofort entzogen, auch hat gegen sie als Inhaberin des Anschlusses die Verleugnung auf Schadensatz abhängig gemacht.

Billige Delikte für die Polizeiwachmeister. Aufsehen erregte es im Spätmutter vorigen Jahres in Eisenach, als der vorläufige Polizeiwachmeister Booser, der bereits seit zwanzig Jahren im Polizeidienst der Stadt stand, wegen Verleitung zur Untreue entlassen wurde. Booser hatte in einem der Polizei gegenüberliegenden Deliktegeschäft in den Jahren 1902-1905 Waren durch die Gehilfen und Gehilfen entnommen, ohne ihren vollen Wert zu bezahlen. Wenn er z. B. Waren im Werte von 1-2 Mr. entnahm, legte er als Bezahlung 20-60 Pf. auf den Ladentisch. Er kaufte in dem Geschäft Kaviar, Delikatessen, Brot, Zigarren etc. Die Verkäufer suchte er dadurch, dass er ihnen zuweilen einen kleinen Geldbetrag zu „einem süßlichen Sonntag“ gab, oder sie mit zum Befall kam die Sache zur Kenntnis der Polizei. Booser entgegnete damals auf den Vorwurf des Ladentreibers, dass er ihn durch seine Handlungswweise um mindestens 500 Pf. gebracht

habe, daß diese Summe zu hoch sei, erklärte sich dann aber schriftlich zur Zahlung von 400 Ml. bereit. Heute leugnete er jegliche Schuld und behauptete, er habe die Schuldschreibung nur in der Aufsicht unterzeichnet. Die Beweisaufnahme ergab die Wahrheit der Anklage in vollem Umfange. Die Staatsanwaltschaft beantragte 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilte P., wie schon vorher bestimmt, zu 9 Monaten Gefängnis. Die drei Kaufmannsbüros erhielten wegen Untreue nach § 266 B ff 2 Stc. S. W. eine Gefängnisstrafe von je 2 Wochen.

Die Einwohner einer ganzen Stadt zu vergründen. Diese Absicht hatte, wie aus seinem eigenen Bekanntnis hervorging, ein Ehepaar, das sich vor einiger Zeit in Cihidevara (Indien) niedergelassen hatte. Selbst in einem Lande, wo täglich viele Personen durch Gift aus dem Wege geräumt werden, erregt dieses Verbrechen ungewöhnliches Aufsehen. Das Paar hatte sich in genannter Stadt als Gewebehändler niedergelassen und verkaufte zu einem jeden Preis Konkurrenz anschließenden Preise. Bald darauf trat unter den Einwohnern eine geheimnisvolle Krankheit auf, die von Tag zu Tag an Stärke zunahm. Man glaubte, es mit einer Art Pest zu tun zu haben, und die erschrockenen Einwohner flügeln an, die vom Flusse der Götter getroffene Stadt zu verlassen. Die beiden Missionare erwarben für ein Spottgeld die besten Anwesen. Dies bewerte eine St. da die Verbrecher das Gift nur in kleinen Quantitäten, die sie von Tag vergnügten, unter das Getreide mischten. Die geheimnisvolle Seuche wurde der Regierung gemeldet, die nach der üblichen Verzögerung einen Arzt zur Untersuchung abriefte. Dieser stellte sofort bei allen Kranken die Ursachen von Stechpfeilverletzung fest, und eine Untersuchung des Fleisches führte zur Verhaftung der Schuldigen.

Märkte der Arbeit. Am 21. Januar früh explodierte ein Dampfkessel der Dampfstation des Zechenhofes in Marienberg bei Mariisch-Ostau. Drei Heizer wurden getötet, vier Personen schwer verletzt und eine verschont. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.

Diskiplinarverfahren gegen einen Sozialdemokraten.

Kräten. In einer Volksversammlung in Würzburg sprach der dortige Magistrat Geroße überhard davon, daß der Magistrat sich zum "Stiefelpucher Preußens" gemacht habe. Dadurch sägte sich der Magistrat beleidigt und beschloß, gegen Geroße Verleumdungslage anzusteuern und außerdem die Enthaltung des Diskiplinarverfahrens gegen ihn zu beantragen.

Wenn die Schuhvorrichtung fehlt. In Giersdorf bei Bautzen wurden die Kleider des Gutsbesitzerstaats Grützner von der Welle einer Sturmflut in eingeschlossen. Frau Grützner wurde mehrmals um die Welle geschleudert, so daß der Tod bald darauf eintrat.

Aufgehobene Spielhölle. In Süßen wurde Mittwoch abend durch die Polizei eine Spielhölle aufgehoben. Drei Männer wurden beim Glücksspiel überrascht und verhaftet. Das Geld, 30 000 Ml., wurde mit Beschlag belegt.

Grubenunglück. Auf der Grube "Freie Vogel" verunglückten vier Bergleute durch herabfallendes Gestein. Einer der Verunglückten erlitt tödliche Verletzungen.

Auf einer schwimmenden Mine gestoßen. Die Hamburg Amerika Linie teilt mit: "Der Dampfer 'Silvia' der Hamburg Amerika Linie, der mit einem großen Transport russischer Truppen Montag von Wladivostok abgegangen ist, ist auf einer schwimmenden Mine gesunken und in sinkende Zustände nach Wladivostok zurückgekehrt, wo das Schiff auf dem Strand gesetzt wurde, um seine Untergang zu verhindern. Der erste Koch, Ottomar Schwabold, hat bei dem Unfall das Leben eingebüßt. Das Schiff war zu diesem vollen Werte gegen Minengefahr versichert.

verständiger und süßlicher Mensch wird den Unterschied zwischen den meisten modernen Schauspielen und Trauerspielen, die einzige Erfolge durch geschickte Bühnenmache erreichen, und den Werken Schillers selbst erkennen und den schrägbüchigen Dichter bewundern. In "Kabale und Liebe" schildert Schiller den Schäfer mit Menschen, wie er von Fürsten und deren Kreaturen betrieben worden ist, die alle von Gottes Gnaden regierten und denen kein Eid und kein menschliches Gefühl heilig war, wenn es galt zur Macht zu gelangen und ihre Sinnlichkeit zu befriedigen. Die Aufführung des Trauerspiels im Stadthallen-Theater war gut vorbereitet und erzielte eine bedeutende Wirkung. Herr Höder gab den Ferdinand mit Leidenschaft und edlem Feuer. Auch die Luisa hatte in Tr. Leithner eine Vertreterin gefunden, die natürliche Anmut mit echten Gesinnungen verband. Der Präsident wurde von Herrn Jacoby äußerlich fast zu sehr auf den rücksichtslosen Streber heraushspielt. Vortrefflich war der Wurm des Herrn Brandt. Als Lady Wilford war Tr. Hagen dem jungen Walter gegenüber reichlich übel. Nicht erheiternd einsichtig war der Hofmarschall Kalb des Herrn Schäfer. Da auch die übrigen Rollen ausreichend besetzt waren und die Regie mit Umsicht ihres Amtes gewaltet hatte, so konnte die Vorstellung berechtigten Ansprüchen durchaus genügen.

P. L.

Literarisches.

"Komunale Praxis", Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindepolitik, herausgegeben von Dr. Albert Südekum. In der neuesten Nummer der Komunalen Praxis gibt ein Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Grosser Emil Fischer, ein zusammenfassendes Bild der großen Wahlrechtsdemonstrationen vom 17. Januar, die zweifellos in der Geschichte der reaktionären Bestrebungen und ihrer Abwehr noch lange ihre Bedeutung bewahren werden. Aus dem sonstigen Inhalt der Zeitschrift, die u. a. viel brauchbares Material gegen das preußische Schulgesetz zusammestellt, heben wir einen interessanten Artikel von Dr. Pege über die Hygiene des Unterrichts hervor. Probennahmen der Fälscher kann man ganz kostlos vom Verlage der Komunalen Praxis in Berlin B. 15 beziehen.

Stadthallen-Theater.

Kabale und Liebe, ein blütgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Man würde die Zeit seiner Leser unnotigerweise in Anspruch nehmen, wenn man bei Befreiung jedes Aufführung eines Schiller'schen Dramas im Einzelnen auf dessen Vorzüglich eingehen wollte. Ein

Die grünen Marken gehen nicht ein.



Fortsetzung meines

Inventur- u. Reste-Ausverkaufs

zu enorm billigen Preisen.

Goden-Suppen und Winter-Buletots mit 20% Rabatt.

Empfiehle besonders mein großes Lager in:

Betten, Bettfedern u. Aussteuer-Artikeln,
Kleider-Stoffen, Blusen-Stoffen,
sämtlichen Manufakturwaren,
Arbeits-Garderoben.

Während des Ausverkaufs gebe ich

doppelt grüne Rabattmarken.

Nehme volle Bücher in Zahlung mit 5 und 10 Ml.

Wilh. Bartelt

Breitestraße 39. * Breitestraße 39.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Große Möbel-Ausstellung.

Wer billig und gut Möbel kaufen will,
besuche

**Paul Rehder's
Möbelgeschäft**
13 Hundestraße 13.

Gebt auf sämtliche Möbel 2 Jahre schriftliche Garantie.

Sicherheitspolizei für den gesamten Verkauf der Wohnung mit Ausnahme der Räume, welche und Ausbaugänge sowie der von P. L. gezeichneten Artikel und Rollen: Paul Rehder - Schwarz - Druck von Frieder Menzer & Co. - Güntzlage in Bremen.

Prima Schweinefleisch Pfd. 80 Pf.
Prima Rindfleisch Pfd. 55 Pf.
Prima Kalbfleisch 50 u. 60 Pf.
Prima hiesige Flohmen 75 Pf.
Pr. Leberwurst Gefüchte Pfd. 70 Pf.
Prima Braunschweiger Pfd. 60 Pf.
Bestes Schmalz Pfd. 70 Pf.
Kopf und Bein Pfd. 30 Pf.

empfiehlt

Wilh. Strohfeldt
Glockengiesserstr. 73
Markthalle 13, 14 u. 15.

Prima Schweinefleisch Pfd. 80 Pf.
Rindfleisch Pfd. 60 Pf.
Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 Pf.
Gehacktes Pfd. 80 Pf.
hiesige Flohmen Pfd. 80 Pf.
Schweineschmalz Pfd. 70 Pf.
Kopfleisch Pfd. 40 Pf.
Leberw. u. Gefüchte Pfd. 80 Pf.
Braunschweiger Pfd. 70 Pf.
Kohlwurst Pfd. 60 Pf.
Sülze Pfd. 60 Pf.

Sonnabend von 5 Uhr an:
Pr. frische Knackwurst.

Ausverkauf

von zurückgesetzten guten, haltbaren Korsetts
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen
Th. Jepsen, Korsett-Fabrik,
7 Pfaffenstraße 7
Bitte genau auf die Hausnummer 7 achten zu wollen.



Flohmen
in schöner Qualität empfiehlt Pfd. 80 Pf.
Thüringer Wurstfabrik
Holstenstr. 19 Aug. Scheere Breitestraße 44
Lübeck.

Herrn Gold- u. Silberware.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Herrnacher, Röntgenstraße 62, bei der Göpel

Auf Teilzahlung.
Hoch. Sgl. Stile
Trittmash. und Hand-
nähmaschinen.
Günstigste Zahlungsbedingungen von Ml. 65
an, gefüllte Kisten in Tsch.
Sgl. Singer Trittnähmaschinen in gradem
Kasten Ml. 50 kont.
5 Jahre Garantie. Reparaturen gratis.
H. A. Hill, großer Nähmasch.-Lager,
mech. Reparatur-Werkstatt
Johannisstraße 9.

Schweine-Schlachterei
von
Julius Strohfeldt
13 Meierstraße 13
Fernruf 1228.

Kopffleisch
Leberwurst Stück 10 Pf.
Grotwurst Stück 10 Pf.
empfiehlt
Heinr. Viereck, Hütstraße 96.
Fernsprecher 1081

Zentral-Verband deutscher
Brauereiarbeiter!
(Bahlstelle Lübeck)

Mitglieder-
Versammlung
am Sonntag den 4. Februar
nachmittags 3 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
NB. Der wichtigen Tagesordnung halber ist
es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand

General-Versammlung
der
Stodelsdorfer Schweinegilde
von 1871
am Sonntag den 4. Februar d.J.
nachm. 4 Uhr
bei Herrn Paetau in Fackenburg
Zugesch. Ordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl eines Revisors.
4. Neuwahl von Schulleuten und deren Stellvertretern
5. Sonstiges.
Der Vorstand